

# Vereins-Anzeiger

Organ des Verbandes der Maler, Lackierer, Anstreicher, Tüncher und Weißbinder  
sowie der freien eingeschriebenen Hilfsklasse Nr. 71 vorstehender Gewerbe.

Nr. 40. Erscheint alle Sonnabende. Abonnementpreis 1.50 Mk. pro Quartal. Redaktion: Expedition: Hamburg 22, Schmalenburgerstr. 17, Fernspr. Amt 3, 3622. Hamburg, Sonnabend, 2. Oktober 1909. Anzeigen kosten die 4gespaltene Zeile oder deren Raum 40 Pfg. (der Betrag ist stets vorher einzusenden.) Vereinsanzeigen 20 Pfennig die Zeile. 23. Jahrg.

## Kollegen! Sorgt für die weitere Ausbreitung des Verbandes!

### Die bevorstehenden Tarifverhandlungen und ihre Bedeutung.

Referat des Herrn Hansen als Vertreter des Hauptverbandes deutscher Arbeitgeberverbände im Malergewerbe, gehalten auf dem Verbandstage des Gau II in München am 12. September 1909.

Herr Hansen, Vorsitzender des Gau I: „Meine sehr geehrten Herren Kollegen! Ich habe die angenehme Pflicht, in Vertretung unseres Hauptvorsitzenden Ihnen die herzlichsten Grüße des Hauptvorstandes zu übermitteln. Sie werden mit Rücksicht darauf, daß derselbe nicht in der Lage war, hier zu erscheinen, mit einem geringeren wie unserm ersten Vorsitzenden, also mit mir, fürlieb nehmen müssen. (Oh!) Unser erster Vorsitzender bedauert es sehr, nicht, wie auch früher, mit seinen rheinischen und westfälischen Kollegen auf der Tagung zusammen sein zu können. Aber die Pflicht, eine gleich große Aufgabe in Oesterreich zu erfüllen, zog ihn nach der alten Kaiserstadt an der Donau und so müssen Sie diesmal fürlieb nehmen, daß ein kleinerer und weniger mächtiger Führer (Oh!) unsres Hauptverbandes die alte Kaiserstadt aufsucht. (Bravo-Rufe.)

Nun zum Referat:

#### Die bevorstehenden Tarifverhandlungen und ihre Bedeutung.

Sehr geehrte Herren Kollegen! Wir stehen heute vor der Frage: Ist es Zeit, die Lohnschraube wieder fester anzuziehen, ist es ferner Zeit, die Arbeitszeit in unsem Gewerbe zu verkürzen? Sie werden entschieden nein antworten und zwar aus dem sehr guten Grunde, daß die gegenwärtigen Wirtschafts- und Zeitverhältnisse, in denen wir die Krisen des Jahres 1907, die Nachwehen dieser Krise im Jahre 1908 bis heute bei weitem nicht überstanden haben, es nicht gestatten. Vielmehr dauern die Erschütterungen noch an und während wir im Jahre 1907 in unserem Gewerbe noch fast unberührt blieben, so haben wir es heute erst recht zu beobachten. Der beste Beweis dafür ist, daß eine so große Zahl arbeitsloser Gehilfen sich noch nie auf der Landstraße befand als in diesem Sommer und daß die Zahl der außer Arbeit stehenden Personen als der zutreffendste Maßstab angesehen werden kann. Nicht allein aber die Krise und die Nachwehen, die wir bereits zu überstehen auf dem Wege waren, haben allein einen so ungünstigen Einfluß ausgeübt. Vielmehr ist durch die neue Sanierung der Reichsfinanzverhältnisse eine erneute Erschütterung großer wirtschaftlicher Kreise unsres deutschen Volkes eingetreten. Diese Erschütterungen gehen so weit, daß ja selbst die Reichsregierung und der Reichstag bei Schaffung der neuen Steuern zu der Erkenntnis kommen mußten, daß es notwendig sei, größere Teile der Arbeiterschaft, deren Industrie durch die gegenwärtige Gesetzgebung in Mitleidenschaft gezogen wurde, sogar auf Kosten des Reichsäckers schadlos zu halten, wie wir dies besonders bei den Arbeitern in der Tabakindustrie zu konstatieren in der Lage waren. Daß alle diese Verhältnisse und Zustände ganz gewiß in erster Linie auch in letzter Linie ihre nachteiligen Wirkungen auf das Malergewerbe ausüben, geht daraus hervor, daß dasselbe bis zu einem gewissen Teil ein Luxusgewerbe ist; ein Gewerbe, dessen Leistung sich größere Kreise nur dann bedienen, wenn sie unter allen Umständen in der Lage sind, vermöge ihrer eigenen wirtschaftlichen Lage uns in Anspruch zu nehmen. Im anderen Falle verzichtet man auf die Dekorierung des Treppenhauses, verzichtet auch selbst die gnädige Frau auf die Ausmalung ihres Schlafzimmers, wenn der Mann sagt, jetzt gehen die Geschäfte zu schlecht, lasse es bis zu einer Zeit, wo es wieder besser wird. Wir müssen gestehen, daß die gegenwärtige Zeit nicht dazu angetan ist, die Arbeitszeit herabzusehen. So tief einschneidende Veränderungen des gesamten Wirtschaftslebens, wie durch Verkürzung der Arbeitszeit hervorgerufen werden, dürfen in einer Zeit wie der gegenwärtigen nicht zur Diskussion gestellt werden. Ob und inwieweit das mit der Lohnfrage anders ist, das zu entscheiden, ist Sache unsrer örtlichen Organe, die nach den örtlichen Verhältnissen feststellen müssen, ob sie in der Lage und

gewillt sind, Aufbesserungen der Löhne vorzunehmen. Soweit ich in der Lage war, dies studieren zu können, habe ich die Ueberzeugung gewonnen, daß hier die Anschauung nicht viel anders ist, als die, die dahin geht, daß an eine Lohnerhöhung nicht zu denken ist, daß vielmehr die Gehilfenschaft sich darauf beschränken muß, das bestehende zu erhalten.

Es ist Ihnen bekannt, daß wir im Jahre 1907 in Rheinland-Westfalen eine Bewegung hatten, die wohl als die erste in diesen beiden Provinzen von so großem Umfange bezeichnet werden darf, die aber auch andererseits noch nie vorher seitens der Meisterschaft mit einer solchen Eravour und seitens der Gehilfenschaft mit so beispielloser Hartnäckigkeit verteidigt wurde. In dem Bericht schreibt Ihr Kollege Ernst Wenner, daß die Zeit hoffentlich nicht mehr fern sein möge, in der die sämtlichen Tarifverträge an ein und demselben Tage ihr Ende erreichen und an dem die sämtlichen abgeschlossenen Tarifverträge auf die gleiche Zeitdauer zur Erneuerung kommen mögen. Dieser Zeitpunkt ist erreicht. Wenn auch noch Herr Tobler, der Vorsitzende des „roten“ Gehilfenverbandes, im Jahre 1907 nach Beendigung der Bewegung in seiner Broschüre höchstehende Worte schmiedete, mit Erfolg waren wir doch in der Lage, das Bestreben der Gehilfenschaft zu bekämpfen. So mußte doch Herr Tobler sich sehr bald davon überzeugen, daß die Bestrebungen der kartellierten Arbeiterschaft in Gemeinschaft mit den rheinisch-westfälischen Kollegen nicht wohl in der Lage waren, sein Problem zu verändern und dem Ablauf eines einseitigen Termins stand zu halten, daß gerade das Drängen der Meisterschaft nach Tarifverträgen mit einheitlicher Tarifdauer immer mehr Boden gewinnen mußte und Tobler mußte es sich gefallen lassen und nach Erledigung der Lohnbewegung in 57 süddeutschen Städten zugestehen, daß er sowohl als auch die christlichen Organisationen bereit seien, die sämtlichen Forderungen in den sämtlichen deutschen Städten aufzumachen in einer einheitlichen tabellarischen Form und sie nicht mehr einzelnen Meistern zuzustellen, sondern er mußte sich bequemen, diese seine Forderungen in der verlangten Form bis zum 25. August dieses Jahres unsrem Hauptvorstand einzureichen. Sie werden zugeben, meine Herren, daß es für unsern Hauptverband ein Erfolg gewesen ist, wenn der Gehilfenorganisation, die bisher glaubte, uns diktieren zu können, nunmehr auch einmal von uns diktiert wurde, wenn auch zunächst nur einmal in der angegebenen Form. Das Ergebnis dieses unsres Verlangens ist nun die Ihnen bereits bekannte zugesandte Broschüre: „Anträge und Forderungen zu den Tarifverhandlungen im Malergewerbe.“ Ich will gleich hier einschalten, daß auch die christliche Organisation selbstverständlich unserm Verlangen Folge gegeben hat und es darf wohl nach den Erfahrungen, die Sie selbst in Rheinland und Westfalen gemacht haben, nicht wundernehmen, daß die Forderungen der beiden Organisationen im großen und ganzen vollständig übereinstimmen.

Betrachten wir nun einmal etwas näher die an uns gestellten Forderungen, so werden wir sehr bald zu der Ueberzeugung kommen, daß die Ihnen auf 10, 15 und 20 Prozent normierten Lohnerhöhungsforderungen sogar bis auf 30 und 35 Prozent hinaufgehen und in einzelnen noch kleineren Orten bis auf 40 Prozent sogar gehen. So wird man ohne weiteres behaupten dürfen, daß die Gehilfenführer, die solche Forderungen aufgemacht haben, im Laufe der letzten 10 und 20 Jahre, insbesondere aber im Laufe der letzten drei Jahre nichts hinzu gelernt haben. (Sehr richtig!) Denn man sollte doch meinen, daß die Führer bisher das gelernt hätten, daß so unsinnige Forderungen für uns von jeher undiskutabel sind. Wo so absurde Forderungen gestellt werden, ist die Meisterschaft viel leichter geneigt, ihnen eine Antwort nicht zu erteilen und es wird Sie deshalb nicht überraschen, wenn ich Ihnen verrate, daß die Kollegen von Hamburg auf Vorschlag der gemeinsamen Vorstände eine dahingehende gemeinsame Erklärung höchstwahrscheinlich in ihrer nächsten Versammlung beschließen werden. Wir haben vielmehr die Auffassung, würden die Gehilfen angemessene Forderungen gestellt haben, von denen man sagen muß, daß sie mit

einem gewissen Verständnis für das Erreichbare aufgemacht worden sind, dann würden wir ganz gewiß in der Lage sein, uns hinzusetzen und zu versuchen, mit ihnen fertig zu werden. In Schlesien verlangt man an Stelle des Einzellohnes von 40 S für die jungen Gehilfen 38 S und für die älteren 43 S, so daß ohne weiteres jeder, der mit einem gewissen Verständnis die ganze Lohnbewegungsaktive und insbesondere die Tarifffrage erfasst hat, zugestehen muß, daß eine solche Forderung der Gehilfen als durchaus angemessen zu bezeichnen ist. Wenn aber die Gehilfen uns Forderungen vorlegen von 17, 20 und 23, 25 Prozent, ja sogar 35 bis 40 Prozent Forderung, so haben wir darauf keine andere Antwort, als wenn uns der Besitzer eines Grundstücks, welches einen Wert von 40 000 M hat, eine Forderung von 80 000 M stellt. Wir werden demselben erwidern, stellen Sie zunächst mal eine angemessene Forderung, dann können wir dem Geschäft auch näher treten. Sonach, meine Herren, werden wir im allgemeinen uns der Erkenntnis nicht verschließen können, daß nach dem gegenwärtigen Stande der ganzen Sache und insbesondere nach der rigorosen Art, mit der die Gehilfen die Forderungen ohne jedes Verständnis aufgemacht haben, es durchaus nicht ausgeschlossen ist, daß uns der 1. Januar 1910 einen Kampf im Malergewerbe bringt. Wir haben keine Ursache, ihn heraufzubeschwören; wir haben immer bekannt, daß wir uns stets friedlich aneinandersetzen wollen, aber wir müssen dann auch erwarten, daß mit einem solchen mehr Verständnis seitens der Gehilfenschaft vorgegangen wird. Nachdem unser Hauptverband eine ebenso starke Organisation geworden ist wie die Gehilfenorganisation, so müssen wir von letzterer erwarten, daß sie mit etwas mehr Ernst an die Sache herantritt. Solche Forderungen sind als nicht ernst zu nehmen und darauf kann kein Gebot gemacht werden. Wie Sie sich im übrigen dazu stellen, das ist Ihre Sache. Bis zum 20. September werden Sie dem Hauptvorstand Ihre Beschlüsse zu übermitteln haben und diese Beschlüsse sind für uns verbindlich. Sie haben dazu zu dienen, um uns die Unterlagen für die beginnenden Verhandlungen in Berlin zu geben. Wir werden, das dürfen Sie uns wohl, die Sie uns mit Vertretung Ihrer Interessen betraut haben, zu trauen, daß wir mit allem, was uns zu Gebote steht, versuchen werden, Ihren Beschlüssen Geltung zu verschaffen. Es ist mir nicht unbekannt geblieben, daß in einer Anzahl rheinischer Städte beschlossen wurde, die Löhne herabzusetzen. Ich überlasse es Ihnen, darüber zu denken, wie Sie wollen, sie sind jedenfalls wohl erwogen; andererseits jedoch glaube ich als Vertreter auch die Pflicht zu haben, Sie darauf aufmerksam zu machen, daß es schwer sein wird, eine Lohnerabsetzung durchzubringen. Es wird nicht allein schwer halten, in bezug auf den enormen Widerstand der Gehilfen, sondern es wird noch schwerer werden, wenn sich die öffentliche Meinung auf Seiten der Gehilfenschaft stellt. Und meine Herren, mögen Sie denken über diese These, wie Sie wollen, es läßt sich nicht leugnen, daß bei allen Bewegungen und Streiks die öffentliche Meinung ein gewichtiges Wort in die Waagschale wirft und daß wir auch in Zukunft bei unseren noch weit größeren Lohnbewegungen noch vorsichtiger sein werden müssen, denn das Kapital und die Personenzahl, die zu verteidigen sind, sind so ungeheuerlich groß, daß wir unter keinen Umständen unsere Kollegen zum Spielball machen lassen. Daher wäre es erwünscht, wenn diejenigen Kollegen, die sich zunächst auf eine Lohnerabsetzung verständigen wollen, sich dennoch der Notwendigkeit nach dem jeweiligen Stande der Verhältnisse anpassen und es den Verhandlungen in Berlin überlassen würden, ihren Vorschläge über solche etwaigen Beschlüsse zu machen. Ich habe dabei keinesfalls nötig, heute zu bremsen und wir haben auch nicht nötig, heute schon unsere ernstesten Beschlüsse gefaßt zu haben, im Gegenteil, wir haben Grund und Ursache, der unklaren Taktik der Gehilfenschaft eine ebenso unklare Antwort zu geben und glaube ich daher, daß wir Ihr Vertrauen haben, daß wir Ihre Beschlüsse mit allem zu Gebote stehenden verteidigen werden. Immer ist zu beachten, daß über unsem Verhandlungen schließlich die Unparteilichen stehen werden und diese,



meine Herren, mit denen wir bisher die besten Erfahrungen gemacht haben, werden zugeben müssen, daß wir namentlich bei den gegenwärtigen Verhandlungen den gegenüberstehenden Angeboten ohne das vermittelnde Element der Unparteiischen werden fertig werden können. Sie dürfen versichert sein, daß wir uns nicht von den Unparteiischen unterkriegen lassen. (Sehr gut!) Wir werden in jedem Falle bei Schiedsprüchen, die darüber hinausgehen, was Sie uns mit auf den Weg gegeben haben, stets Ihre Meinung einholen. Das letzte Wort bei allen Fragen zur Regelung des Lohn- und Arbeitsverhältnisses haben Sie, meine Herren.

Nach dieser ganzen Sachlage, wie wir sie mit offenen Augen wahrnehmen, ist es natürlich unsere Pflicht, das Pulver trocken zu halten, damit keine Ueberraschung passiert. Wir werden dafür Sorge tragen, daß durch Presse und Rundschreiben Sie über den jeweiligen Stand der Sache informiert bleiben, so weit es uns immer möglich ist, mit dem, was wir wissen, herauszukommen. Sie dürfen aber nicht von uns verlangen, daß wir Ihnen schließlich schon die letzten Trümpe vorher ausspielen, denn die Gehilfenschaft ist uns in bezug auf Kampfstärke um zehn Jahre voraus. Sollte die ganze Verhandlung, was Gott verhüten möge, zu einem Bruch des friedlichen Verhältnisses führen, so wollen Sie überzeugt sein, daß wir das Bestmögliche getan haben, um denselben zu verhüten. Sie wollen, wenn der Ruf ergeht, es muß im ganzen deutschen Vaterland ausgesperrt werden, auch ohne daß Sie gehört werden, bereit sein, einem solchen Verlangen Folge zu geben. Es wäre nicht gut denkbar, daß wir in solchen Fragen anders zu handeln haben als die Gehilfenschaft. Wir können und dürfen uns nicht der Einsicht verschließen, daß ein solches Folgen nach den Direktiven der zur Führung berufenen Kollegen auch in unseren Kreisen mehr Boden gewinnen muß. Ich wiederhole, alle Beschlüsse über Abjassung usw. bleiben Ihnen vorbehalten in allerletzter Linie, alle Anordnungen der Beschlüsse aber in bezug auf die Abwehr etwa zu erwartender Kämpfe müssen Sie wohl oder übel Ihren Führern in die Hände legen. Sie müssen das Vertrauen zu uns haben, daß wir alles aufgewendet haben, um den Frieden zu erhalten, aber auch, wenn der Aufruf ergeht, mit allen Kollegen Schulter an Schulter ihre Werkstätte schließen. Meine Herren, schon droht Herr Tobler daraufhin, daß in Zukunft die Kämpfe sich noch erweitern werden.

Meine Herren, lernen wir aus dieser These, daß wir es genau so machen. Wenn von einer Verschärfung gesprochen wird, so können wir ruhig sein in dem Bewußtsein, noch niemals eine Verschärfung heraufbeschworen zu haben und wenn ferner von einer Verschärfung des Klassenkampfes durch uns die Rede ist, so mögen Herrn Toblers Worte dienen, die er vor zwei Jahren unter dieser Stichmarke gebrauchte. Wir wissen, daß wir durch unsere stramme Organisation und durch unseren Willen eine gehörige Regulierung der Lohnschraube vornehmen können; wir wissen, daß der Meister es nicht mehr nötig hat, Löhne zahlen zu müssen, die er selbst nicht zahlen will; aber noch niemals ist es uns gelungen, die Löhne herabzudrücken, wie es uns zum Vorwurf gemacht worden ist. Wir haben es immer verstanden, den zeitlichen Verhältnissen gemäß die Löhne zu regulieren, wenn aber solchen Weltzwecken gegenüber das offizielle Organ des „roten“ Gehilfenverbandes behauptet, daß ein solches Verfahren unsererseits zur Verschärfung des Klassenkampfes dienen könnte, daß selbst Tarifverträge nicht in der Lage wären, diesen Kampf zu verhindern, so möge Herr Tobler, der uns eine Verschärfung heute vorwirft, sich selbst die von ihm publizierten Worte aus 1907 in Erinnerung rufen, wo er zum Ausdruck bringt, trotz Verkürzung der Arbeitszeit Verschärfung des Klassenkampfes. Wir wissen, daß uns die Sozialdemokratie, die sich in diesem Falle mit den Gewerkschaften deckt, den Kampf bis aufs Messer geschworen hat, daß sie der Todfeind unserer bürgerlichen Gesellschaftsordnung ist. Deshalb ist es auch begreiflich, wenn es weiter in einem hayerischen Blatte heißt, daß eine Harmoniebaselei zwischen Arbeitgebern und Arbeitnehmern hervorgerufen werde und es zweckmäßig sei, die Tarifverträge als hinderlich zu bezeichnen und daher auf Tarifverträge viel lieber zu verzichten, wenn nicht eine gerechte Würdigung der eingereichten Forderungen stattfinden. Schon orakelt Herr Tobler: Es gebe nur eine Devise: Ohne Würdigung der eingereichten Forderungen keine Tarifverträge. Wir kennen noch die Zeit, in der die größte Anzahl der deutschen Arbeitgeber Feinde von Tarifverträgen war, wir kennen die Zeiten, in denen sich eine Reihe von Städten solche auf dem Wege des Unterliegens aufzwingen ließen und heute, nachdem unsere Meisterschaft erkannt hat, daß dieselben als Mittel zur Erhaltung des Friedens in unseren Werkstätten dienen können, nun auf einmal erkannten die Gehilfen, daß sie auch ohne Tarifverträge fertig werden können. Und das betone ich immer wieder: Das zu tun, was der Gegner nicht will, ist stets das Richtige. So entgegenen wir also der Gehilfenschaft: Ohne Tarifverträge bleiben unsere Werkstätten in ganz Deutschland geschlossen! (Lebhaftes Bravo!)

Vertreter der Ortsgruppe Köln: Meine verehrten Herren Kollegen! Ich bitte Sie, sich nicht in eine Diskussion über das Thema einzulassen, sondern einfach zur Tagesordnung überzugehen.

Vertreter von Duisburg: Ich möchte dem Vorschlag des Herrn Vorredners widersprechen. Ich denke, wir sind hierher gekommen, um die Stimmung der einzelnen kennen zu lernen und um Meinungen auszutauschen. Ich habe allerdings das Gefühl, daß Einigkeit bestünde, aber nichtsbefoweniger können doch die Meinungen ausgetauscht werden und ich möchte daher bitten, von der Diskussion kräftig Gebrauch zu machen. Sodann möchte ich mir die Frage erlauben, ob seitens der Gehilfenschaft schon Verhandlungen mit dem Verband gepflogen worden sind.

Herr Hansen: Es kann nicht meine Aufgabe sein, Sie zu nötigen, sich ein Schloß um den Mund zu hängen, aber bei der Art der Gehilfenschaft kann ich mich der Auffassung nicht verschließen, daß es für uns am besten ist, möglichst wenig zu reden. Was wir zu reden haben, reden wir unter uns, da wir die Hauptaufgabe von Ihnen übertragen erhalten haben. Wir wissen, daß durch die mehr oder weniger große Geschicklichkeit der Meister an einzelnen Orten früher die ungeheuerlichsten Dummheiten gemacht worden sind. Um alles das zu vermeiden, haben wir angeordnet, daß die Verhandlungen zentral geführt werden und es wäre daher zweckmäßig, wenn die Gehilfen möglichst wenig von dem erführen, was hier gesprochen wird. Und da die Gehilfenschaft mit ernstlichen Forderungen bis heute noch nicht gekommen ist, so brauchen wir uns heute auch noch nicht so eingehend zu äußern. Dringen Sie Ihrem Gauvorstande Ihren Willen zum Ausdruck und überlassen Sie es uns, dann Ihnen mitzuteilen, was wir verhandelt haben und damit an die Öffentlichkeit zu treten. Bemerkend will ich noch, daß zurzeit noch keine Verhandlungen mit der Gehilfenschaft angefangen sind; geplant ist die Sache wie folgt: Bis zum 20. September müssen die Ortsgruppen den Verbänden ihre Antworten eingesandt haben. Die Gauvorstände übermitteln sie dem Hauptvorstande, Berlin, der seinerseits wieder dafür Sorge zu tragen hat, daß sie geordnet den Gehilfen-Hauptvorständen übermittelt werden. Mit diesem Material werden wir am 15. Oktober zusammentreten und werden dann versuchen, die Situation zu klären. Bevor dieselbe geklärt ist, halte ich es für zweckmäßig, so wenig wie möglich zu reden.

Vorsitzender Wipperling: Meine Herren! Ich lasse nunmehr darüber abstimmen, ob wir in eine Diskussion eintreten oder zur Tagesordnung übergehen.

Die Abstimmung ergab große Majorität für einen Uebergang zur Tagesordnung.

(Ein früherer Vertrauensmann des Gehilfenverbandes, jetzt Mitglied der Zwangsstimmung. S. C.)

**Stellungnahme der Arbeitgeber zu den Forderungen.**

(Aus der Berl. Malerztg., Nr. 38 vom 18. Sept. 1909.)

Ein ernstes Wort an die Kollegen!

Seit ganz kurzer Zeit ist der Hauptverband Deutscher Arbeitgeberverbände im Malergewerbe im Besitze der gesamten Forderungen, welche unsere Gehilfen aus allen Teilen des Deutschen Reiches für die kommenden Lohn- und Tarifberatungen an uns stellen. Da letztere schon im Oktober d. J. beginnen, so ist es wohl an der Zeit, sich diese Forderungen, soweit unsere Ortsgruppe davon betroffen wird, einmal näher anzusehen.

Wenn nun zu diesem Zwecke eine vom Verband der Malereigewerbe von Berlin und den Vororten einberufene Versammlung dazu Stellung nehmen wird, so ist es doch von großem Vorteil, wenn die Kollegen schon vorher die Forderungen kennen lernen, um genügend Zeit zu haben, sich dieselben in Ruhe überlegen zu können.

Dann aber ist es auch Pflicht jedes Kollegen, in der Versammlung zu erscheinen und seine Meinung frei zum Ausdruck zu bringen. Es können selbstverständlich nicht alle Forderungen abgelehnt werden, sondern nur die unberechtigten Wünsche unserer Gehilfen. Da uns nun aber eine gut organisierte Gehilfenschaft diese Forderungen unterbreitet, so ist es auch Ehrenpflicht unserer Kollegen, dem Rufe des Vorstandes zu folgen und in der Versammlung anwesend zu sein, damit wir als eine gleich gut organisierte Meisterschaft unsere Gegenforderungen stellen können. Denn auch wir haben Wünsche, die wir zur Anerkennung bringen müssen. Doch nun zu den Forderungen selbst.

Zuerst fordern die Gehilfen im neuen Tarif eine Verkürzung der Arbeitszeit von 9 auf 8 1/2 Stunden und zwar von früh 7 bis nachmittags 5 Uhr mit den jetzt üblichen Pausen. Da nun aber durch diese Zeitverkürzung von wöchentlich drei Stunden eine Lohnreduzierung entstehen würde, fordert man gleichzeitig eine Lohnerhöhung von 15 % pro Stunde, damit es sich ausloht. Es werden also nicht nur die drei Stunden herausgerechnet, sondern auch noch ein Mehr von 5,62 M pro Woche, was zusammen einer Erhöhung des Lohnes um rund 23 Prozent gleichkommt.

Man möchte glauben, daß diese Forderungen von Leuten gestellt sind, die aus einer fremden Welt zu uns gekommen, denn daß dies unsere Leute hier am Platze fordern können, erscheint fast ungläublich. Jeder Meister war in letzter Zeit zufrieden, wenn er „mit einem blauen Auge davon kam“, wie der Berliner sagt.

Und wer soll denn nun diese Lohnreduzierung tragen? Die Gehilfen „empfehlen“, dieselbe auf die von den Kunden zu zahlenden Preise für gefertigte Arbeiten aufzuschlagen. Den Meistern möchte ich aber sagen, der bei der jetzigen Konjunktur noch 10 bis 15 Prozent auf die Preise für seine Arbeiten aufschlagen kann. Die gegenwärtige geschäftliche Lage wird ihn vielmehr zwingen, jede Erhöhung des Lohnes selbst zu tragen und was das bei 15 % Erhöhung pro Stunde bedeutet, mag nachstehendes zeigen.

Es sind in Berlin und Vororten im letzten Jahre rund 11 Millionen Mark Löhne gezahlt; rechnet man nun mit einem Durchschnittslohn von 70 % pro Stunde, so ergeben sich 15 714 000 Arbeitsstunden. Wird der Lohn nun um 15 % erhöht, so würde sich ein Mehr von 2 357 000 Mark herausstellen, welches zum größten Teil die Meister

selbst tragen müßten. Daß sie dieses Mehr zu tragen imstande sind, möchte ich aber stark bezweifeln.

Aber auch die Zuschläge für Überstunden, Nacht- und Sonntagsarbeit, wie sie von den Gehilfen gefordert werden, müssen einer genaueren Durchsicht unterzogen werden, da sie die im Normaltarif vorgesehenen Sätze bedeutend übersteigen. Ebenso verhält es sich mit der verlangten Fahrgebergütung und mit dem verlangten Aufschlag bei Arbeiten auf Gerüsten und Leitern an Fassaden. Die Höhe dieser letzten Forderungen muß schon deshalb zurückgewiesen werden, weil die jetzigen Zuschläge im vorigen Jahre nach harten Kämpfen mit den Gehilfen und unter Zugrundelegung der Schiedsprüche der Unparteiischen für weite Gebiete des Deutschen Reiches gerächt wurden. Man kann unmöglich diese Errungenschaften jetzt nach einem Jahre schon wieder preisgeben. Es wird dieses vermieden, wenn die Mitglieder durch zahlreiches Erscheinen in der Versammlung beweisen, daß es ihnen mit ihrem Beruf ernst ist. Und gerade von unserer Ortsgruppe, der größten im ganzen Reich, würde man es nicht verstehen, wenn die Mitglieder dem Rufe ihres Vorstandes nicht folgen würden und es nicht der Mühe wert hielten, in der Versammlung anwesend zu sein, um die Wünsche und Anregungen, welche der Vorstand in langen Sitzungen festlegte, zu hören.

Darum rufe ich allen Kollegen zu: Erscheint in der Versammlung am 23. Sept. 1909, um über die Erstanz des einzelnen Kollegen sowie über das Wohl und Wehe unseres ganzen Berufes mitberaten zu helfen.

Kein Kollege darf in dieser Versammlung fehlen.

S. P.

**Anträge und Forderungen zu den Tarifverhandlungen.**

(Aus der „Südb. Malerztg.“, Nr. 37 vom 12. Sept.)

Seit einer Woche sind nun die Wünsche vom sozialdemokratischen Verband der Maler, Sitz Hamburg und dem Zentralverband der christlichen Malergewerkschaften in Händen des Vorstandes Deutscher Arbeitgeberverbände im Malergewerbe.

Die Forderungen sind sehr hohe und die Arbeitszeit ist in verschiedenen Städten bedenklich reduziert. In verschiedenen Städten soll bei verkürzter Arbeitszeit, also im Winter, die Mittagszeit nur eine Stunde betragen. In Berlin, Spandau usw. sogar nur 1/2 Stunde. Diese Forderung läuft dem sozialdemokratischen Prinzip direkt entgegen, obwohl sie vom Meisterstandpunkte aus, wenn es im Winter viel zu tun gibt, was aber selten der Fall ist, zu begrüßen ist. In den meisten Fällen ist dies — ohne vorgeschrieben zu sein — schon seither so gehandhabt worden, wenn es viel zu tun gab, deshalb dürfte diese Forderung kaum durchgehen, denn hier ist es besser, lieber mehrere Leute kürzere Zeit beschäftigen, als weniger Leute längere Zeit, die Arbeitslosigkeit wird dadurch wesentlich eingedämmt. Ich verweise hier hauptsächlich auf das Protokoll der 12. Generalversammlung des sozialdemokratischen Gehilfenverbandes, Seite 5, unterster Absatz — wo eine Widerlegung des empfohlenen Ca Cannysystems versucht wird — und der lautet: Wer die große Arbeitslosigkeit im Monat Januar und die ... Auch können wir nicht einsehen, warum dann im Sommer eine halbe Stunde zum Mittagessen nicht ausreichen sollte. Im Winter ist doch der Hunger größer, man sollte deshalb eher im Winter mehr Zeit zum Essen haben. In die Winterarbeitszeit sollte sich die Gehilfenschaft aus vielen Gründen, wenn etwas Verständnis da ist, gar nicht einmischen, denn in den meisten Fällen muß die Arbeit den Gehilfen zuliebe an den Haaren und zu allen Preisen herangezogen werden, oder es werden Arbeiter in den Werkstätten ausgeführt, die oft unnützlich sind, wie beim Menschen ein Kropf, und es trifft am allermeisten in den großen Geschäften zu. Der Gehilfe, auch im Winter die Arbeitszeit vorgeschrieben zu wissen, kann deshalb unmöglich aus der Praxis entstanden sein.

Von allen weiteren Forderungen ist sehr bezeichnend, daß auf einmal wieder Frühstückspausen verlangt werden, wo doch von Führerseite aus ausdrücklich betont wurde, ihre Leute wollen nicht frühstücken, da dadurch nur unnötig Geld verbraucht werde. Dies war natürlich nur ein Trick, um die Arbeitszeit von 10 1/2 auf 10 Stunden und von 10 auf 9 1/2 Stunden herunterzubringen, gefühlstüdt wurde aber doch. In der Mittagsarbeitszeit, wo nichts zu sich genommen werden darf laut Tarif, wird der in jedem Bau unvermeidliche Zeiger (das Wort „Zeiger“ ist in Stuttgart gebräuchlich für Rubicker oder Wirt) von den Gehilfen sehr gerne gesehen. (Unter diesem Aufsatze dürfte vielleicht Herr A. Rommelspacher in Stuttgart zu vermuten sein, der bekanntlich mit den „Roten“ aufständigen Kriegsfuß lebt.) Von Architektenseite aus gehört diesem Anflug gründlich ein Ende gemacht; der Zeiger sollte keinen Bau betreten dürfen, denn das muß gesagt werden, mancher Bauarbeitende — es braucht in diesem Falle nicht gerade ein Maler zu sein — wäre der Verurteilung gar nicht unterworfen, wenn der Zeiger nicht käme und mancher würde überhaupt nicht daran denken, so aber steht der Zeiger alle halbe Stunde mit seinem Bier und Besperford da und hauffiert im Bau umher. Wenn er recht gute Geschäfte machen will, sendet er ein weibliches Wesen und kontrolliert nur ab und zu die leeren Flaschen, die hinter der Tür stehen. (Das sind ja himmelschreiende Zustände.) In sämtlichen Städten, wo selbstarbeitende Meister einsehen, daß es unmöglich ist, von morgens 7 bis 12 Uhr, ohne Umbiß zu sich zu nehmen, zu arbeiten, wurde 1/4 Stunde mit Genehmigung des Meisters verbracht. Hier soll nun ebenfalls wieder nach dem neuen Tarif, unter Nichtberechnung der Zeit, eine halbe Stunde gefühlstüdt werden. Damit wird natürlich erreicht, daß nur 9 Stunden dort gearbeitet werden soll, wo dies vorher noch 9 1/2 Stunden waren. Jetzt sieht das Spiel der Führer, daß sie mit der Meisterschaft reiben wollen, sehr durchsichtig aus. Arme Meister, wenn ihr euch das bieten lasst, daß das Ziel der sozialdemokratischen Partei, der Achtstundentag, mit solchen Mißgeschritten erreicht werden soll. Unser Gewerbe hat ja den Achtstundentag schon längst, wenn wir den Durchschnitt zwischen Sommer- und Winterarbeit nehmen. Deshalb muß in der Saison auf längerer Arbeitszeit beharrt werden. Ja, wenn wahr wäre, was die Führer immer gesagt haben, daß man in acht Stunden so viel arbeiten könnte wie in 10 Stunden. Hier fehlt diesen Herren eben wieder die Praxis. Nachdem nun den Mindestlöhnen auch Mindestleistungen entgegengestellt wurden, wird es auf einmal anders. — Genau wie mit dem Frühstück. Jetzt soll sogar in 9 Stunden nicht das geleistet werden können, was an einem anderen Dreie in 9 1/2 Stunden zu leisten möglich ist. Die Schiedsgerichtslegung in München







so exorbitant erscheint, ist wohlwogener und berechtigter Anforderungen an eine menschenwürdige Existenz entsprungen. Eine den Bedürfnissen entsprechende Forderung, ein Einkommen von 12-1600 Mark jährlich für einen Malergehilfen mit Familie, kann von keinem denkenden Menschen als unberechtigt bezeichnet werden. Die Arbeitslosigkeit in Berlin umfaßt nahezu 85 Proz. aller Gehilfen und wenn daher die Wünsche der Arbeiter, bei Ausstellung von Forderungen sich Geltung verschaffen, so sind diese mehr als berechtigt, indem sie vom Gros der Majorität der schlechtest gestellten Arbeiter befürwortet werden. Gewiß sind Forderungen sehr leicht aufzustellen, ob sie durchgeführt werden können, ist eine weitere Frage. Immerhin sind wir der Meinung, daß über Berechtigte und unberechtigte Forderungen niemals der Arbeitgeber der allein maßgebende Teil sein kann, und über die Möglichkeit der Durchführung ebenfalls das Urteil des Arbeiters nicht entbehrt werden kann.

Als wir die Ausführungen des Herrn Kommissar durchgesehen haben, ist uns eine Bemerkung aus der „Süddeutschen Arbeiterzeitung“ in Erinnerung gekommen, die wir kürzlich unter den Reminiscenzen über den Dresdener Malertag gefunden haben, wonach es heißt: „Den größten Beifall erhält der Referent, welcher am meisten über die Gehilfen zu schimpfen vermag.“ Die Weizergeschichte mit dem üblichen Suf und der Liebe, kann doch heute kaum noch ernstlich gegen die Verbesserung der Lebenshaltung der Arbeiter ins Feld geführt werden. Auch der Hinweis auf die Prinzipien der Sozialdemokratie, als den Todfeind der bürgerlichen Gesellschaft, bildet nur für Leute eine spezielle Waffe, die das Wesen und die Bestrebungen der Arbeiter nur vom Hörensagen her kennen. Während Herr Hansen behauptet, die christliche Organisation habe dieselben Forderungen gestellt, gibt uns Herr Kommissar bekannt, daß diese viel übersichtlicher und vor allem viel beschreibbarer seien. Vielleicht werden sich diese beiden Herren noch des nähern über die Wichtigkeit dieser Frage unterrichten. Die Rechnung von den 8 Millionen Mehrlohn ist uns nicht neu, denn bereits Herr Kruse als Vorsitzender des Arbeitgeberverbandes hat uns bei der letzten Verhandlung in Berlin bei der Forderung von 1 Bfg. für Süddeutschland herausgerechnet, daß dabei zwei Millionen Mehrausgabe den Arbeitgebern erwachse. Diese Rechnung kann nun einmal nicht stimmen, weil die zugrunde gelegte Zahl der beschäftigten Gehilfen mit je 300 Arbeitstagen keinen Anspruch auf Mäßigkeit haben kann. Es dürfte doch wohl auch dem Herrn K. bekannt sein, wie wenig man mit vollen Arbeitstagen in unserem Gewerbe rechnen darf und daß eine größere Arbeitslosigkeit mit in Rechnung gezogen werden muß, so daß die so aufgestellte Lohnsumme in Verbindung mit den wirklich beschäftigten Gehilfen gar nicht in Einklang zu bringen ist, das beweist ja die verfehlte Kalkulation der Beiträge auf die aufgestellte Lohnsumme. (Siehe Rechnung des Gau II, Rheinland-Westfalen). Wir möchten an dieser Stelle nicht näher auf die weiteren Gründe für oder gegen die Forderungen eingehen, sondern nur den Arbeitgebern ans Herz legen, mit der von Herrn Kruse versprochenen größeren Lohnverhöhung die Rechnung zu machen, damit sie keine Enttäuschungen erleben bei der Meinung, etwa mit einer ähnlichen Verbesserung davon zu kommen wie im vorigen Jahre. Möge man endlich den Mut besitzen, für die schriftlich und mündlich fixierten Grundsätze einzutreten.

Wir wiederholen nochmals, was wir bereits in einer früheren Nummer erwähnt haben, daß nach Lage der Sache ohne wesentliche Lohnverhöhung und Verkürzung der Arbeitszeit ein Reichstagsvertrag nicht zustande kommen wird. An dieser kraft der Organisation bestehenden Tatsache wird weder der fertige Kriegsplan, noch das Geschrei gegen die unerschämten Forderungen etwas zu ändern vermögen.

## Die verunglückte Morenwäsche.

II.

Nachdem der Artikelschreiber das Tätigkeitsgebiet der christlichen Gewerkschaften verknäuelert und auf die Eringung besserer Lohn- und Arbeitsbedingungen beschränkt hat, zieht er in folgenden Sätzen die Konsequenz hieraus:

„Die Finanzreform hat kein direktes Interesse für unsere christlichen Gewerkschaften. Sie ist eine politische Frage und war es unter den gegenwärtigen Verhältnissen ganz besonders. Mit diesen politischen Vorkommnissen im Reichstag haben die christlichen Gewerkschaften nichts zu schaffen. Sie haben keinen Einfluß auf die Gestaltung dieser Dinge und müssen deshalb auch jede Verantwortung dafür ablehnen. Gewiß ist die Finanzreform eine außerordentlich wichtige Sache. Jeder national denkende Mann muß im Interesse von Volk und Vaterland und der geistlichen Entwicklung unseres nationalen Wirtschaftslebens dringend wünschen, daß das Deutsche Reich aus seinen traurigen Finanzverhältnissen herauskommt. Das Ansehen Deutschlands nach außen hin und seine Stärke im Innern ist nicht zuletzt eine wichtige Vorbereitung für die gedeihliche Entwicklung aller Erwerbsverhältnisse, von denen die Lohn- und Lebensfrage der Arbeiter abhängig ist. Insofern mußten wir auch vom gewerkschaftlichen Standpunkte aus den Wunsch haben, daß die Finanzreform erledigt würde. Aber auf

die Art, wie sie erledigt worden ist, haben wir keinerlei Einfluß. Diese Frage liegt außerhalb der Kompetenz unserer Bewegung. Wie wir im Jahre 1902 die Volksgesetzgebung als eine Frage bezeichnet haben, die nicht zu den speziellen Aufgaben unserer Gewerkschaften gehört, so müssen wir auch heute das gleiche festhalten gegenüber den neuen Steuergesetzen.“

Es ist ein starkes Stück jesuitischer Verdrehungskunst, das der München-Glabbacher hier seinen Lesern bietet. Man beobachte nur die Spiegelschere, die schon in den von ihm angewandten Ausdrücken liegt: Die Finanzreform hat kein — man staune! — direktes Interesse für die christlichen Gewerkschaften, ebensowenig wie die Volksgesetzgebung von 1902 zu den — man staune noch einmal! — speziellen Aufgaben unserer Gewerkschaften gehört. Das heißt also — doch was sollen wir uns mit einer solch elenden Wortklauberei und Silbenstecherei beschäftigen? Nur ein Kindschopf oder ein Schwindler kann bestreiten, daß ein christlicher Arbeiter das lebhafteste Interesse daran hat, auf welche Art die Finanzen im deutschen Reiche geregelt und in welcher Weise die Steuern aufgebracht werden. Es kann einem Arbeiter, und sei er christlich-national bis auf die Knochen, nicht einerlei sein, ob die Steuerlasten immer und immer wieder auf die Schultern der unbemittelten Volksklassen gelegt werden, während die Reichen sich in der gemeinsten Weise zu drücken verstehen, oder ob ein Steuersystem zur Anwendung gelangt, das den Forderungen entspricht, die man an ein Staatswesen zu stellen berechtigt ist, das sich christlich nennt und sich arbeiterfreundlich gebärdet.

Hierin liegt ja der Kernpunkt der Frage. Nicht um die Finanzreform an sich handelt es sich, sondern um die Art, wie sie erledigt worden ist. Darauf kommt es an. Und weil die christlichen Arbeiter-Abgeordneten in dieser Beziehung ihre Pflicht nicht getan haben — das kann ja gar nicht bestritten werden — weil sie, anstatt eine Neubelastung der arbeitenden Bevölkerung möglichst zu verhindern, gerade das Gegenteil getan haben, indem sie für die neuen Konsumsteuern gestimmt und die Erbschaftsteuer niedergestimmt haben, weil sie, also kurz gesagt, die Arbeiterinteressen den Interessen des agrarischen und ultramontanen Junkertums gespiegelt haben, deshalb werden sie mit Recht als Verräter der Arbeiter Sache bezeichnet. Muß es denn nicht auffallen, daß auch die Zeitungen der evangelisch-liberalen Arbeiterfraktionen die Haltung der Arbeiter-Abgeordneten im Reichstage aufs schärfste verurteilen und daß selbst weite Kreise der Mittelstandsklasse die Finanzreform für eine verhängnisvolle volksfeindliche Maßregel erklären? Da ist es natürlich ein Unding, daß sich die Herren damit herauszureden suchen, es werde gegen sie „eine wilde Hebe“ in Szene gesetzt. Wie leuchtend klingt es, wenn sie die Äußerungen der evangelischen Arbeiterpresse „börichte Angriffe“ nennen und die „ungerechten Kraftausdrücke“ auf eine Verkennung des wahren Charakters der christlichen Arbeiterbewegung zurückführen!

Die Sache ist ja gar nicht so schlimm, wie sie gemacht wird. Es wird allerdings augenblicklich ein Höllenlärm geschlagen über die neuen Steuern, aber die Jesuiten in München-Glabbach wissen es besser:

„Jede neue Steuer bringt für alle Kreise, welche davon betroffen werden, erhebliche Mißstimmung und Unzufriedenheit, und die eigenartige Lage, in der sich das Deutsche Reich in der Beschaffung seiner Einnahmequellen befindet, gibt der demagogischen Volksverhetzung scheinbar wirkungsvolle Anhaltspunkte, aber auch nur scheinbar. Bei näherer Betrachtung des Gesamtsteuerwesens in Staat, Reich und Gemeinde würde man erkennen, daß unser Vaterland nicht mit konstanter Wosheit die minderbemittelten Volksklassen allein zum Steuertragen herangezogen hat unter offensichtlichlicher Schonung der besitzenden Klassen, wie dies den breiten Massen durch die sozialdemokratische Agitation suggeriert wird. Aber auf diese Einzelheiten wollen wir uns hier nicht näher einlassen.“

Nun sind es aber gerade die „Einzelheiten“, auf die sich der Schlauberger nicht näher einlassen will, die bei der Finanzreform die ausschlaggebende Rolle spielen. Daß wir in Deutschland Steuern gebrauchen, weiß jedes Kind, aber wie sie aufgebracht werden, darauf kommt es an. Und wie die Arbeiterklasse bei dieser Verteilung der Steuerlasten abschneidet, braucht wohl nicht erst gesagt zu werden. Und da besitzt dieser Advocatus diaboli — um uns eines kanonischen Ausdrucks zu bedienen — die freche Stirn, die Klagen der Arbeiterpresse über die ungerechte Verteilung der Steuerlasten als ein Produkt demagogischer Volksverhetzung hinzustellen. Es ist also nicht wahr, daß die breite Masse des arbeitenden Volkes zugunsten der besitzenden Klasse benachteiligt wird, es ist das nur „scheinbar“ der Fall. . . Sollen wir noch ein Wort über eine derartig frechstirnige Behauptung verlieren? Die ohnmächtige Verzweiflung muß in den Reihen der „bewährten Arbeiterführer“ einen hohen Grad erreicht haben, wenn eine solche Methode der Verteidigung eingeschlagen wird.

Aber im Grunde genommen wagt der Artikelschreiber auch gar nicht zu leugnen, daß die Finanzreform eine Schädigung der Arbeiterinteressen bedeutet, sein Schwindelgebäude würde sonst unter dem Hohngelächter

der Leser zusammenbrechen. Deshalb stellt er die überraschende Behauptung auf, die christliche Gewerkschaftsbewegung habe auf die Gestaltung der Finanzreform keinerlei Einfluß. Dieser rührende Zug von Selbsterkenntnis ist geradezu überwältigend. Es wird hier klipp und klar eingestanden, daß die christlichen Gewerkschaften auf die Gestaltung der politischen Verhältnisse in Deutschland und speziell auf die Steuer- und Finanzpolitik keinen Einfluß haben. Wenn dies wahr ist — und wer wollte es bezweifeln? — so sind alle früheren Äußerungen der Gewerkschaftspressen über den Einfluß der christlichen Gewerkschaftsbewegung im öffentlichen Leben leere Phrasereien gewesen. Man lese nur ein Flugblatt, das nach den Reichstagswahlen von 1907 erschien, worin der glänzende Erfolg der christlich-nationalen Arbeiter in diesen Tönen gefeiert wurde:

„Die christlichen Gewerkschaften sind bekanntlich interkonfessionelle und politisch unparteiische Organisationen. Das schließt jedoch nicht aus, daß die Mitglieder derselben außerhalb der Gewerkschaften sich in den politischen Parteien, denen sie angehören, betätigen und dadurch auch auf politischem und gesellschaftlichem Gebiete den Einfluß der Arbeiter zu verstärken suchen. Und auch dieses ist den christlichen Arbeitern glänzend gelungen. Heute gehören sieben Vertreter der christlich-nationalen Arbeiterbewegung dem Reichstage an!“

Und trotz dieses glänzenden Erfolges haben die christlichen Gewerkschaften keinen Einfluß in politischen Dingen? Trotz dieses Sieges ist es den Vertretern der christlich-nationalen Arbeiterbewegung nicht möglich gewesen, die ganz ungeheuerliche Neubelastung der Arbeitermassen zu verhindern oder wenigstens zu mildern? Wie verträgt sich dies mit einander? Entweder ist die eine Darstellung unwahr oder die andere.

Das offene Eingeständnis ihrer Einflußlosigkeit in wichtigen Lebensfragen des Proletariats bedeutet eine völlige Bankrotterklärung der christlichen Gewerkschaftsbewegung. Wenn die Hunderttausende von organisierten christlichen Arbeitern nicht instande sind, die Gesetzgebungsmaschinerie in ihrem Sinne zu beeinflussen, so beweist dies klar und deutlich, daß sie nur als Stimmvieh benutzt werden und daß ihre Wahlmänner nicht im mindesten ins Gewicht fallen, Wie würde man zernern, wenn die sogenannten sozialdemokratischen Gewerkschaften eintreten wollten, daß sie keinen Einfluß hätten auf die politische Haltung der Sozialdemokraten im Reichstage! Eine Wählersehar, die mehrere hunderttausend Stimmen aufbringt, übt unbedingt einen starken Einfluß aus — oder sie ist Stimmvieh; ein drittes gibt es nicht.

Daß die Arbeiter-Abgeordneten in den bürgerlichen Parteien einflußlos sind, haben wir immer gewußt. Sie bilden lediglich ein dekoratives Beiwerk, eine Kulisse, hinter der sich die Volksausbeuter verbergen. Nunmehr räumen sie, von Verzweiflung gepackt, diese Einflußlosigkeit offen ein. „Wir sind Nullen im Reichstage“, so wimmern sie wie getretene Hunde, „wir haben keinen Einfluß auf die Gestaltung der Dinge und darum lehnen wir jede Verantwortung ab.“ Diese aus der Verzweiflung geborene Entschuldigung sollte eigentlich selbst ein steinernes Herz rühren. Aber leider kommt ein wichtiger Umstand hinzu. Die Giesberts und Konsorten haben, wie sie selbst eingestehen, nicht vermocht, den ultramontan-agrarischen Raubzug auf die Taschen des Volkes zu verhindern, das könnte man ihnen vielleicht verzeihen, den armen Schelmen, die einstmal so prahlten, aber was man ihnen nicht verzeihen kann, ist, daß sie an der Volksausbeutung aktiv teilgenommen haben. Davon in einem Schlussartikeln.

## Die Frage der Maifeier auf dem Leipziger Parteitage.

Dem sozialdemokratischen Parteitage wurde folgende Resolution vorgelegt, die ein Übereinkommen darstellt zwischen Parteivorstand und Generalkommission:

„Zur Vorbereitung der Maifeier ist an allen Orten möglichst zu Beginn des Jahres eine Kommission einzusetzen, für die zu gleichen Teilen das Gewerkschaftsstatut und die Parteiorganisation ihre Vertretung bestimmen. Den Vorsitzenden wählt die Kommission selbst.“

Die Kommission hat die Aufgabe, unter Berücksichtigung der beruflichen und örtlichen Verhältnisse und der Bestimmungen der gewerkschaftlichen Organisationen, sowie der Beschlüsse des Parteitages für eine würdige Feier Sorge zu tragen. Die in Aussicht genommene Maifeier darf an keinem andern Tage als am 1. Mai stattfinden.

Bei Ausberrungen infolge der Maifeier kann den davon betroffenen Arbeitern eine Unterstützung gewährt werden, und darauf haben die politisch wie auch die gewerkschaftlich organisierten Arbeiter Anspruch.

Zur Unterstützung der Ausgesperrten sollen für größere zusammenhängende Wirtschaftsgebiete Bezirksfonds gebildet werden. Die Abgrenzung der Bezirke erfolgt unter Zustimmung der in Frage kommenden Orte. Die für die Unterstützung nötigen Mittel sind von der Parteiorganisation und den Gewerkschaften in dem Bezirk, in dem die Aussperrung erfolgt, durch freiwillige Beiträge und Sammlungen aufzubringen.

Orte, deren Angliederung an einen Bezirksfonds unzulässig ist, haben in gleicher Weise am Orte einen Fonds zu bilden, aus dem die am Orte Aussperrten zu unterstützen sind.

Bedarf es eines solchen Fonds am Orte oder im Bezirk nicht oder reichen die Mittel eines solchen Fonds zur Unterstützung der Aussperrten nicht aus, so sind



Die erforderlichen Unkosten von der Parteiorganisation und den Gewerkschaften, denen die Ausgesperrten angehören, zu decken. Der Anteil, den jede dieser Organisationen zur Deckung der Unkosten der Ausgesperrten aufzubringen hat, wird nach der Zahl der diesen Organisationen angehörenden Ausgesperrten berechnet. Anspruch auf Unterstützung aus den Zentralkassen der Partei und Gewerkschaften haben die Ausgesperrten nicht.

Erheben die Gewerkschaften im Anschluß an die Ausgesperrten Lohnforderungen, so haben sie die Unterstützung der Ausgesperrten allein zu übernehmen.

Zur Begründung dieser Resolution führte der Parteisekretär Müller folgendes aus: „Daß die Maifeier in 20 Jahren noch nicht totgeschrieben und totgeschrieben worden ist, ist der beste Beweis für den gesunden Kern dieser Feier. Im nächsten Jahre wird dieses Schmerzenskind der Partei großjährig und da muß der Vater für eine ordentliche Ausstattung dieses Kindes sorgen (Seiterkeit), damit wir endlich um das Gerode über die Finanzierung der Maifeier herunkommen. Wir haben uns strikt an den Auftrag des Nürnberger Parteitags gehalten, die Unterstützungsfrage in erneute Erwägung zu ziehen. Die Frage der Abschaffung der Maifeier oder der Verlegung auf einen Sonntag scheidet also völlig aus. Wir sind gebunden durch internationale Beschlüsse, die zuletzt in Stuttgart gefaßt worden sind. Die Maifeier von 1906 hat starke Ansprüche an die Parteikasse gestellt. Wir kommen also um die Unterstützungsfrage nicht herum, trotz der Genossin Luxemburg, welche die Vereinbarung, die wir Ihnen vorlegen, mit dem schönen Namen Mißgeburt bezeichnet hat. Wenn sich die Frage der Maifeier durch Leitartikel lösen ließe, so hätte Deutschland die schönste und größte Maifeier der ganzen Welt. (Seiterkeit und Sehr gut!)“

Im ganzen unterscheidet sich die neue Vereinbarung nicht sehr stark von der Vereinbarung, die dem Nürnberger Parteitag vorgelegen hat, aber abgelehnt wurde. In der Hauptsache steht in den in Nürnberg bereits angenommenen Absätzen, daß die Vorbereitungen für die Maifeier von Partei und Gewerkschaft gemeinsam zu treffen sind, und was ich für besonders wichtig halte, daß die Maifeier nur am 1. Mai begangen werden darf. Dadurch wird damit ausgeräumt, daß wir bis in den Juni hinein Maifeiern zu erleben haben. Neu gefaßt ist Absatz 4, der von den zu gründenden Bezirksfonds handelt. Die Anhänger eines Zentralfonds sehen darin einen Widerspruch zum Prinzip der Zentralisation. Wir haben von Partei wegen alles möglich getan, daß das Prinzip der Zentralisation der Gewerkschaften allgemeine Anerkennung in der Partei findet; aber jede einzelne Aufgabe unseres vielfältigen gewerkschaftlichen und politischen Lebens kann doch nicht zentral geregelt werden. Es liegen keine Beschlüsse internationaler Kongresse oder der Parteitage vor, die jeden einzelnen politisch oder gewerkschaftlich organisierten Genossen absolut verpflichten, den 1. Mai zu feiern. Die Beschlüsse gehen dahin, daß dort gefeiert werden soll, wo es ohne Schädigung der Arbeiterinteressen möglich ist. Es ist also durchaus geboten, auf die örtlichen und beruflichen Verhältnisse Rücksicht zu nehmen. Die notwendige Kautela davon ist, daß auch zu den finanziellen Kosten die Bezirke und Orte herangezogen werden. Es ist ja auch nicht alles zentralistisch im gewerkschaftlichen Leben geordnet, ich erinnere an die sehr bedeutungsvollen Gewerkschaftskartelle, die ja auch nicht zentralisiert sind. Aber die Anhänger einer zentralen Regelung möchten einen riesenhaften Zentralfonds haben. Ueber einen solchen aber kommt niemals eine Vereinbarung der Partei und Gewerkschaften zustande. Davon hat sich auch der Parteivorstand überzeugen müssen, der ursprünglich einen Zentralfonds mit obligatorischen Beiträgen wünschte. Die Gewerkschaften erklären, daß die Einführung obligatorischer Beiträge die Agitation in schwarzen Gegenben, in denen zum großen Teil der 1. Mai durch Arbeitsruhe nicht gefeiert werden kann, sehr schädigen würde.

Unserordentlich schwierig ist gewiß die Abgrenzung der Bezirke. Meiner Ansicht nach können nicht die politischen Agitationsgebiete, sondern müssen die wirtschaftlich zusammenhängenden Gebiete die Grundlage bilden. So gehören z. B. Hamburg und Altona wirtschaftlich zusammen, während sie in unsern Bezirksorganisationen selbstverständlich getrennt sind. Ganz hinfällig ist der Einwurf, den schon Beginn auf dem Hamburger Gewerkschaftskongress widerlegt hat, daß die Zentralkassen der einzelnen Gewerkschaften in dieser Frage gänzlich ausgehalten sein sollen. Die Vereinbarungen wollen keinen Parteivorstand, der statutenmäßig bei der Maiausperierung Unterstützung zahlt, daran hindern. Wir müssen verlangen, daß die Genossen in den Gewerkschaften für die Unterstützungen der Maifeierausgesperrten auch durch die Gewerkschaften eintreten, und wir bebauern in diesem Sinne die geradezu rückschrittlichen Beschlüsse des Deutschen Metallarbeiterverbandes. Uebrigens ist bis jetzt die Kasse auch des Metallarbeiterverbandes für die Maifeierausgesperrten noch nicht ausgeschaltet — nach den neuen Beschlüssen seiner diesjährigen Generalversammlung wird Arbeitslosen die Unterstützung von der zweiten Woche an gezahlt — wohl aber gibt es eine ganze Reihe Gewerkschaften, die aus zentralen Mitteln noch niemals etwas für die Maifeierausgesperrten gezahlt haben. Bei den Gewerkschaften der Bauberufe haben früher nur die Lokalkassen an einzelnen Orten auf diesem Gebiete schon etwas getan.

Wo die Unterstützungen der Gewerkschaften nicht mehr Platz greifen, wo es sich um Ausgesperrte handelt, muß ferner dafür gesorgt werden, daß Maifeier-Gemahregelte unterstützt werden. Das kann in der verschiedensten Weise geschehen. Zunächst ist es möglich, für diesen Zweck, wie das früher war und das zum Teil auch heute noch geschieht, daß man Maimarkt ausgibt und daß für die Maifeier-Gemahregelten ein bestimmter Extrabeitrag eingeführt wird, wenn die Gewerkschafts- und politischen Organisationen des betreffenden Bezirks das beschlossen haben. Es ist nun gewünscht worden, daß dieser Beitrag nicht als freiwilliger Beitrag deklarieren werden soll, sondern daß die einzelnen Bezirke die Möglichkeit haben sollen, obligatorische Beiträge für die Maifeierausgesperrten anzuschreiben. Das wäre wenig zweckmäßig, es würde nur Streit in die Organisationen bringen, und der Ausdruck obligatorischer Extrabeitrag kann schon deswegen nicht Platz greifen, weil wir nicht dahin kommen würden, daß diejenigen, die einen derartig ausgeschriebenen Extrabeitrag nicht bezahlen, etwa deswegen aus der Partei oder der Gewerkschaft ausgeschlossen werden. Wir haben keine Ursache, solche neue Auschlüsse

gründe in die Partei einzuführen, sondern müssen dafür sorgen, daß diese Dinge in einer Weise geregelt werden, ohne daß das Ausschlußverfahren im Hintergrund droht.

Nun sind in letzter Zeit noch neue Vorschläge aufgetaucht. Man hat gesagt, es wäre sehr gut und glücklich, wenn man festsetzt, daß alle diejenigen, die am 1. Mai arbeiten und nicht feiern können, ihren Tagelohn an eine große Zentralkasse, eine Propagandakasse für unsere Grundsätze, abführen sollen. Das würde ein sehr kurzes und schmerzloses Verfahren zur Beseitigung der Arbeitsruhe sein. Wohin kämen wir, wenn Ideale durch einen Geldbeitrag abgelöst werden könnten? Wir kämen dazu, unsere Ideale auf den politischen Markt zu herabgesetzten Preisen zu verschleifen. Das sind Vorschläge, die gar nicht diskutiert werden können, abgesehen von dem Streit, der in die Massen hineingetragen würde, wenn die Organisationen sich fortwährend mit der Frage der Abführung des ganzen oder halben Tagelohnes beschäftigen müßten.

Für den Fall, daß die freiwilligen Beiträge nicht für die Unterstützung der Maifeier-Gemahregelten ausreichen, ist die Vereinbarung vorgezogen, daß der Festbeitrag auf dem Wege des Umlageverfahrens aufgebracht wird. In der früheren Fassung fand diese Bestimmung sehr viel Anfeindungen. Man fürchtete die Schädigung der Parteiorganisationen, die weniger Geld hätten, wie die Gewerkschaften. Nach unserer gestrigen Fassung ist die Sache so, daß die Verteilung der Kosten zwischen politischer Organisation und Gewerkschaft sich danach richtet, wieviele der gewerkschaftlich Organisierten zugleich in der Partei organisiert sind. Sollen sämtliche Ausgesperrten zugleich politisch und gewerkschaftlich organisiert sein, so würde Gewerkschaft und Parteiorganisation je die Hälfte tragen. Im Durchschnitt dürfte auf die Gewerkschaft gut drei Fünftel, auf die Partei knapp zwei Fünftel fallen. Die Summen werden sich also aufräumen lassen. Nun können natürlich auch die neuen Vereinbarungen abgelehnt werden. Ich warne aber sehr vor den Folgen. Dann werden in der Praxis die Gewerkschaften allein die Unterstützung der Maifeier-Gemahregelten zu tragen haben, werden dann aber auch allein darüber bestimmen, in welchem Umfange die Arbeitsruhe Platz greift. Ueberlegen Sie sich ja, was Sie tun. Drei Jahre verhandeln wir über diese Sache. Soll dies widerliche Gezerre noch jahrelang fortgesetzt werden? Damit wird der Maifeier totsicher das Grab gegraben. Die Mehrheit der Zentralvorstände hat unserer Vereinbarung zugestimmt, die Leiter unserer Bezirks- und Landesorganisationen bezuglich. Unsere Vorschläge und Vereinbarungen sind nicht das absolute Ideale, aber sie sind das Bestmögliche. Meiner Ansicht nach ist der Weg der einzige, der in Betracht kommt. Sorgen Sie dafür, daß endlich dieser Pantapfel zwischen Partei und Gewerkschaften aus dem Wege geräumt wird!

Des beschränkten Raumes wegen können wir auf die ausgedehnte Diskussion nicht eingehen, abgesehen davon, daß sie auch keine neuen Gesichtspunkte zutage förderte. Nur die Ausführungen des Genossen Bümelburg vom Maurerverbande seien mitgeteilt: „Wer behauptet, daß die Unterstützungsfrage nichts weiter bedeutet, als der Maifeier das Grab zu graben, ist mit den wirtlichen Verhältnissen wahrlich schlecht vertraut. Wenn man sich sagt, daß die Arbeitsruhe Maßregelungen von längerer Dauer zur Folge hat, muß man naturgemäß zur Unterstützungsfrage kommen. Wer sich in völlig unabhängiger Stellung befindet, wird ja niemals so fühlen können, wie diejenigen, die vom Unternehmer abhängig sind. Es ist sehr leicht, von Idealismus zu sprechen; ein Familienvater, der sich der Gefahr einer Maßregelung von längerer Dauer aussetzt, ohne die Gewähr, daß er von irgend einer Stelle unterstützt wird, würde leichtsinnig gegen seine Familie handeln. Das Opfer, das von den einzelnen verlangt wird, ist zu groß. Das kann der einzelne unmöglich bringen, und das kann auch die Arbeiterbewegung nicht von ihm verlangen. Ich bin überzeugt, wenn mancher, der ein scharfes Wort für die Arbeitsruhe gesprochen und die Feder dafür spitz gemacht hat, 50, 100 M. oder mehr opfern sollte, dann würde er sagen: Nein, das geht zu weit!“

Die Unterstützungsfrage besteht ja schon, so lange wir die Arbeitsruhe haben. Die ersten Jahre haben sich die Arbeiter an vielen Orten dadurch geholfen, daß ihnen von den örtlichen Organisationen zum Teil Unterstützung gezahlt wurde, aber die Mittel der Organisation reichten nicht aus; es mußten außerordentliche Beiträge aufgebracht werden, um die Schulden zu decken. Das hat einen Bankapfel gegeben, und so nahm man von den Unterstützungen Abstand. Ich könnte Ihnen nachweisen, daß da auch die Beteiligung an der Arbeitsruhe ein bedeutendes zurückging. Wir mußten also die Unterstützungsfrage aufwerfen. Und darüber, wer zahlen soll, kann doch kein Streit sein. Die Maifeier ist doch beschloffen von der gesamten Arbeiterbewegung, der politischen und der gewerkschaftlichen, auf den internationalen Kongressen. Die Frage geht also beide Teile an, und da kann man nicht sagen, die Partei beschließt, wie es sein soll, und die Gewerkschaften müssen zahlen. Da müssen sich Konflikte ergeben, wie wir sie seit einer Reihe von Jahren haben. Da kann man nicht sagen, die Gewerkschaftsführer sitzen auf ihren Geldsäcken. Nein, die Sache muß gemeinsam gemacht werden. Jeder Kenner unseres Partei-Lebens wird zugeben müssen, daß das Verhältnis zwischen Partei und Gewerkschaft in den letzten Jahren viel besser geworden ist; warum? Weil die Zentralen sich in wichtigen Fragen verständigen. Auch in dieser Frage müssen beide Teile in enger Fühlung miteinander arbeiten, dann bin ich fest überzeugt, wird man über manche Schwierigkeit hinwegkommen. Es kommt nur darauf an, ob der Wille vorhanden ist. Uns fehlt weiter nichts, als daß wir über die Maifeier nicht mehr reden. Wir haben die Maifeier totgeredet in Deutschland, ich wünsche, daß wir uns in Zukunft auf unsern Parteitag damit wenig befassen und daß wir uns auch auf dem nächsten internationalen Kongress damit nicht befassen. In der Vereinbarung zwischen Parteivorstand und Generalkommission ist ausgesprochen, daß die Arbeitsruhe maßgebend sein soll. Das ist eine Verbesserung. Deshalb sollen wir nicht mehr reden, sondern handeln. Dann werden wir auch das erreichen, was wir notwendig gebrauchen.“

Die Resolution wurde mit großer Mehrheit angenommen. Hossentlich nimmt das Prekariat über die Maifeier nunmehr ein Ende und die Kampfahne vom Schlage der Rosa Luxemburg und Parvus lassen ihre Tinte etwas eintrocknen.

### Lobnbewegung.

Buzug ist fernzuhalten nach: Gmshorn und Schneidemühl.

### Aus unserem Berufe.

\* Zu dem von uns bereits gemeldeten Unfall in der neuen evang. Kirche zu W a n h e i m e r o r t wird uns noch aus D u i s b u r g berichtet: Die bei der hiesigen Firma S p i n d l e r beschäftigten Maler, der verheiratete Ludwig W a g n e r, der zugleich Zeichenlehrer an der gewerblichen Fortbildungsschule in Düsseldorf ist, und der ledige G d. S c h w e i z e r waren da auf einem etwa 10 Meter hohen Gerüst mit dem Ausmalen der Decke beschäftigt. Blöcklich brach das schwache Gerüstbrett, auf dem beide arbeiteten, mit einem lauten Krach durch, und Wagner nebst seinem Kollegen Schweizer stürzten in die Tiefe auf die Steinfliesen, wo sie mit zerschmettertem Kopfe tot liegen blieben. Zwei Meter über ihnen arbeiteten noch zwei Malergehilfen, die Zeugen dieses traurigen Ereignisses waren. Ein Kommissar erschien in kurzer Zeit auf der Unfallstelle und nahm nach einer Untersuchung des Tatbestandes das durchgebrochene Brett in Beschlag. Das Gerüst soll von Leuten aufgebaut worden sein, die entweder außerordentlich leichtsinnig beim Aufbau vorgegangen oder aber gar keine Ahnung vom Gerüstbau haben. Die Leitern, worauf die Aufreiter lagerten, standen zu weit auseinander, so daß es leicht begreiflich ist, daß beide, die wahrscheinlich während der Arbeit einander zu nahe gekommen, durch die Last ihres Körpers das sicherlich zu schwache Brett zum Bruch brachten. Hossentlich wird die Untersuchung Klarheit über die Ursachen dieser traurigen Affäre bringen und die tatsächlich Schuldigen zur Verantwortung ziehen.

Bei dieser Gelegenheit sei auch die Gewerbeinspektion insbesondere noch auf die Firma Spindler aufmerksam gemacht. Im Betriebe der Firma findet man noch immer keine Handtücher, trotzdem das die Bundesratsverordnung schon seit Jahren vorschreibt. Bei der frommkatholischen Firma Spangenberg existieren ebenfalls noch Mißstände verschiedener Art.

Frankfurt a. M. (Eine neue Submissionsliste der Firma Sommer & Einfeld.) Die Firma Sommer & Einfeld scheint bei allen Submissionen den Reford im Unterbieten schlagen zu wollen. Die Firma Gebr. Luz, die von einem Privatmann um Einreichung eines Kostenvoranschlags erjucht wurde, teilt uns das Ergebnis dieser Submission mit, die wir als einen weiteren Beitrag zur Hebung des Handwerks der Öffentlichkeit übergeben. Bemerk sei noch, daß die Preise der Firma Luz dem Preisverzeichnis der freien Vereinigung der Maler und Weißbindermeister ziemlich entsprechen.

	Sommer & Einfeld	Gebr. Luz
Pos. 1. Leinwand an Decken und Wänden im Dachstuhl und den Küchen, Plosetts, inkl. Studdecken in Planso per Quadratmeter	0,10	0,20
Pos. 2. Holzflächen grundieren und dreimal Delfarbe zu streichen per Quadratmeter	0,60	0,80
Pos. 3. Holzflächen grundieren, schleifen und dreimal Delfarbe zu streichen und mit Japanlack zu lackieren per Quadratmeter	1,10	1,90
Pos. 4. Holzflächen zweimal ölen und säubern, nach Angabe zu lackieren und matt Delfarbe zu lackieren per Quadratmeter	0,60	1,20
Pos. 5. Holzflächen zu grundieren, dreimal Delfarbe zu streichen, holzartig zu malern und zu lackieren per Quadratmeter	1,10	1,60
Pos. 6. Wandflächen zu ölen und dreimal Delfarbe zu streichen per Quadratmeter	0,55	0,80
Pos. 7. Zinkrostflächen zweimal Delfarbe zu streichen, zu lackieren, zu wachsen und zu lackieren per Quadratmeter	0,70	1,10
Pos. 8. Eisen, wie Einfriedigung, Balken usw., zweimal Delfarbe streichen und lackieren (einseitig gemessen) per Quadratmeter	0,65	1,00
Pos. 9. Treppenhäfen und Po-beste zweimal ölen und zu lackieren per Quadratmeter	0,40	0,70
Pos. 10. Fassadenflächen mit Weißbindergerüst einzurüsten per Quadratmeter	0,20	0,28

Die beiden Angebote weisen eine Differenz von 28 bis 50 Proz. auf. Das spricht für sich selbst ohne jeden Kommentar!

Afrozheim. 20 Jahre sind verflissen, seitdem hier eine kleine Anzahl von Kollegen sich zusammenschloß, um eine Organisation zu gründen. Ein unentwegtes Streben und Kämpfen war es im Lauf der Jahre, um den Kollegen die Notwendigkeit und den Nutzen der gewerkschaftlichen Vereinigung und die Erringung besserer Lohn- und Arbeitsverhältnisse klarzumachen. Es war ein mühevoller Weg, den unser Verband zu beschreiten hatte, aber es ging doch vorwärts. So manche Kollegen haben hier die ersten Anregungen für die Agitations- und Organisationsarbeit erhalten und die Bedeutung des Wortes Solidarität kennen gelernt. Noch ist aber leider der Stand unserer Fikale nicht auf die Höhe gebracht, auf der sie stehen muß, wenn sie ihrer Aufgabe voll entsprechen soll. Immer noch stehen Kollegen abseits, wo doch der Zusammenschluß der Arbeitgeber am besten uns belehren sollte, daß auch die Gehilfen Schulter an Schulter marschieren müssen, wenn sie etwas erreichen wollen. Diese indifferente, gleichgültige Masse für den Verband zu interessieren und aufzuklären, muß nun unsere wichtigste Aufgabe sein. Jeder Kollege arbeite da mit, keiner darf sich zurückziehen, wo es gilt, mehr denn je in Zukunft einig und geschlossen dazustehen!



### Gewerkschaftliches und Soziales.

Das genossenschaftliche System der Arbeit. Gelegenlich des letzten britischen Genossenschaftskongresses in Newcastle hielt der Genossenschaftler A. Stoddart aus Consett ein Referat über: „Arbeitslosigkeit und Genossenschaftsbewegung“, aus welchem wir folgenden beachtenswerten Teil über das genossenschaftliche System der Arbeit wiedergeben:

Nur wenn die Organisation des Konsums das Mittel bildet, um zur Produktion überzugehen, erfüllt die Genossenschaftsbewegung ihre Aufgabe. In der genossenschaftlichen Produktion liegt das wirtschaftliche Hauptproblem, und es müsse das Streben der Genossenschaftler sein, eine solche Organisation des Wirtschaftslebens auf der Grundlage wirtschaftlicher Interessengemeinschaft herbeizuführen, durch die der Gegensatz von Kapital und Arbeit aufgehoben werde. Trotz des bisherigen langsamen Fortschrittes und der eingeständenermaßen großen Schwierigkeiten, die zu überwinden seien, liegt auf dem Felde der Produktion die wahre Macht des Genossenschaftswesens. Manche Leute glauben zwar, daß die Industrie weniger leistungsfähig sein würde, wenn sie nach genossenschaftlichen Grundbänden organisiert würde. In einem gut organisierten Genossenschaftssystem sind jedoch Bedingungen vorhanden, die den Erfolg garantieren und die wenigstens nicht im gleichen Grade bei der kapitalistischen Unternehmung anzutreffen sind. Das genossenschaftliche System der Industrie erfüllt den Arbeiter mit dem Bewußtsein, daß, wie geringfügig auch immer die Art seiner Arbeit sein mag, er doch durch Erfüllung seiner Pflicht zum allgemeinen Wohl beiträgt und daß dafür die Genossenschaft sich auch sein individuelles Wohlergehen angelegen sein lassen muß. Das genossenschaftliche System der Arbeit entwickelt die Selbstachtung und den Sinn für persönliche Verantwortlichkeit, was für die Gesamtheit von unschätzbarem Werte ist. Wenn es gelingt, dem Arbeiter an seiner Arbeit ein wirkliches Interesse einzuflohen, so ist es möglich, die Ausgaben für die Beaufsichtigung und Kontrolle der Arbeiter, die in privaten Unternehmungen allgemein sind, große Summen verschlingen und die deshalb die Kosten der Produktion erheblich vermehren, zu vermindern. Das genossenschaftliche Wirtschaftsleben appelliert an die besten Instinkte im Arbeiter. In einer richtig organisierten Genossenschaftsindustrie bewirken das persönliche Interesse, das Verantwortlichkeitsbewußtsein und die Gewohnheit der Selbstbeherrschung, daß sich die Lust zwischen den verschiedenen Graden der Arbeiter schließt. Diese Faktoren bringen uns dem Ideal näher, wo jeder Denker ein Arbeiter und jeder Arbeiter ein Denker ist, beide aber „Genossen“ sind. Das Vorhandensein des wahren genossenschaftlichen Geistes vorausgesetzt, existiert kein unübersteigbares Hindernis auf dem Wege, der zur Umwandlung des gesamten kapitalistischen Handels- und Produktionsprozesses in einen genossenschaftlichen führt. Die Hindernisse für den Fortschritt liegen nicht außerhalb, sondern innerhalb der Bewegung. Die Gefahr besteht darin, daß das Genossenschaftsideal in der Praxis derart realisiert wird, daß dabei nicht nur die Genossenschaft als Faktor bei der Lösung der sozialen Frage vertritt, sondern auch in der Bewegung selbst gerade die Uebel wieder entstehen, die sie zu heiligtigen bezweckt ist. Soll nun mit der Genossenschaftsbewegung etwas gegen die Arbeitslosigkeit ausgerichtet werden, so ist vor allem notwendig, daß die in der Genossenschaftsbewegung vorhandenen Kräfte noch mehr konzentriert werden. Es kann kein Zweifel darüber bestehen, daß beim Vorhandensein größerer Einheit die produktive Seite der Bewegung noch bedeutend mehr ausgebaut und damit ungezählten Arbeitern sichere und gute Beschäftigung gegeben werden kann. Es kommt deshalb alles darauf an, den Zusammenhang der verschiedenen Glieder der Bewegung zu kräftigen. Der einzige praktische Protest gegen vorhandene Uebelstände besteht darin, bessere Verhältnisse zu schaffen.

Eine fortlaufende Lohnstatistik seitens der Unternehmerverbände fordert die „Post“, das berüchtigte Scharfmacherorgan, um die von den Gewerkschaften veröffentlichten Lohnstatistiken zu widerlegen. Es heißt in dem Artikel: „Bei gewerkschaftlichen Kämpfen oder bei Arbeitsstreikszeiten von größerem Umfange kommt es wiederholt vor, daß die Gewerkschaften bei den Verhandlungen mit unrichtigen, entstellenden Lohnstatistiken auftreten, denen insofern ein gewisser Wert beigelegt wird, als die Arbeitgeber gar nicht in der Lage sind, durch eine ihrerseits aufgestellte Statistik die gewerkschaftlichen Behauptungen sofort oder überhaupt zu widerlegen. Darum ist es notwendig, daß die Arbeitgeberverbände eine fortlaufende, nach einheitlichen Gesichtspunkten angelegte Lohnstatistik für den Bereich ihres Verbandes einrichten. Gegen die gewerkschaftliche Taktik können sich die Arbeitgeberverbände nur durch eine systematische Lohnstatistik schützen. Soll diese Lohnstatistik wirklich ihren Zweck erfüllen, dann dürfen weder Mittel noch Mühe gespart werden, denn solche stehen in keinem Verhältnis zu dem Erfolge, die die systematische Lohnstatistik wieder einbringt. Die Lohnstatistik muß individuell ausgestaltet werden, genau so, wie die Gewerkschaften imstande sind, über jede einzelne Firma Auskunft zu geben. Durch das sogenannte Auskunftssystem, wonach der Gewerkschaftler verpflichtet wird, vor Annahme einer Stellung bei dem Auskunftsbureau über die Verhältnisse in der Firma anzufragen, sind die Gewerkschaften allzeit in der Lage, eine Sperre in verschleierter Form zu verhängen, ohne daß ihnen der Vorwurf gemacht werden kann, sie hätten offiziell die Sperre über die Firma verhängt. Kann in dem einzelnen Arbeitgeberverband die Lohnstatistik gar derart ausgearbeitet werden, daß sie nach Analogie des gewerkschaftlichen Auskunftssystems zu einem Arbeiterlohntaster wird, wie dies z. B. der Schuppenverband Deutscher Steinbruckerbesitzer probeweise eingeführt hat, dann ist der Arbeitgeberverband auch imstande, die Lohnfrage in jeder Weise vom Gesichtspunkte der Gesamtheit der Arbeitgeber zu beurteilen und zu behandeln. Es kommt wiederholt vor, daß der Arbeiter seinen zuletzt bezogenen Lohn zu hoch angibt. Durch ein Arbeiterlohntaster läßt sich das jederzeit feststellen, wie es sich damit verhält. Mühselig wird noch ein Gewerkschaftsblatt, durch das gewerkschaftliche Auskunftssystem hätten manche Gewerkschaften mehr Lohnerhöhungen erreicht als durch große Streiks. Den Arbeitgeberverbänden kann daher nur auf das allerdringendste im Interesse ihrer Mitglieder geraten werden, der Einführung und dem weiteren Ausbau der Lohnstatistik

die allergrößte Aufmerksamkeit zu widmen. Damit leisten sie auch der Volkswirtschaft und der volkswirtschaftlichen Wissenschaft einen großen Dienst. Mit Statistiken über die Löhne und die Lebenshaltung der gewerblichen Arbeiter wird gerade in der letzten Zeit ein großer Mißbrauch getrieben. Haben die Arbeitgeberverbände eine geordnete Lohnstatistik aufzuweisen, dann sind sie allezeit in der Lage, jede Entstellung zurückzuweisen und zu widerlegen.“

Eine nach wissenschaftlichen Grundbänden aufgestellte unparteiische Lohnstatistik würden wir mit Freuden begrüßen, da sie die elende Lage der übergroßen Mehrheit der deutschen Arbeiter drastisch beleuchten würde. Eine Widerlegung der gewerkschaftlichen Bestrebungen wird dabei nicht herauspringen. Allerdings muß die Statistik wahrheitsgetreue Angaben enthalten, nicht solche Phantastereien und Ausschneideereien, wie sie hin und wieder in den berühmten Lohnlisten gewisser Unternehmer bei Streiks und Ausperrungen zutage treten.

Zwei Jesuiten über Steuerpolitik. Es hat Zeiten gegeben, in denen das katholische Zentrum das System der indirekten Besteuerung bekämpfte. Heute ist dies anders geworden, heute marschieren die Zentrumsleute an der Seite der agrarischen Volksausbeuter. Da dürfte es von Interesse sein, einmal das Urteil von „Seelenführern“ zu lesen, die unter den frommen Gläubigen eine große Rolle spielen. Der Jesuit Meyer urteilt in seiner Schrift: „Die Arbeiterfrage und die christlichen Sozialprinzipien“ folgendermaßen: „Als Bedingung einer gerechten Steuerverteilung hat die Theorie von jeher den Grundhoh aufgestellt, daß dieselbe nach dem tatsächlichen proportionalen Verhältnis größerer oder geringerer Steuerfähigkeit der einzelnen vorzunehmen sei. Eine durchgreifende praktische Ausführung dieses einen Grundgesetzes müßte, wie uns scheint, bei richtiger Taxierung der Verhältnisse eine recht fühlbare Erleichterung nicht nur der Schwachen, sondern auch des Mittelstandes bedeuten. Die Steuer hat nicht bloß eine finanzielle Seite, sie ist ihrer Natur nach ein Opfer, das für den einzelnen für die Bedürfnisse der Gesamtheit gefordert, eine Last, die ihnen auferlegt wird. Nun ist aber dieses Opfer, mag es auch finanziell nur gering sein, in jenen breiten Kreisen der Bevölkerung, deren bürgerliche Existenz mehr oder weniger einem fortwährenden Kampf ums Dasein gleicht, offenbar viel größer, die Last viel drückender, als bei einer beträchtlichen Steuersumme in jenen Höhen, wo der Ueberfluß an mühelosen Einkünften beginnt. Es ist überhaupt der Steuerlast eigen, daß sie nach unten, je mehr sie sich der Grenze des notwendigen Lebensbedarfes nähert, stetig schwerer, nach oben hingegen ohne bestimmte Grenze, stetig leichter wird.“ Und der Jesuit Bachiller, der sich die Bekämpfung der Sozialdemokratie zur Aufgabe gemacht hat, muß den Mißbrauch des indirekten Steuerwesens einräumen. Er schreibt: „Was an Staatslasten auf die Plutokratie entfällt, ist eine Bagatelle, verglichen mit den Lasten, welche die Armen und Halbarmen zu tragen hatten. So aber wird infolge unserer modernsten Volkswirtschaft im Gewerbe, Besteuerung, Börsenspielen und absoluter Freiheit des wuchernden Kapitals nicht nur die ökonomische Kluft zwischen reich und arm täglich größer und das Proletariat zahlreicher, sondern die Forderungen des radikalen Sozialismus gewinnen den Anschein der Gerechtigkeit, indem die Expropriation der Expropriateurs“ als Akt der notwendigen Rückstattung auftritt.

Das Zentrum kimmert sich nicht um diese „christlichen Sozialprinzipien“ und legt der großen Masse immer neue Lasten auf. Da muß es sich denn selbst von einem bürgerlichen Blatte, der liberalen „Kölnischen Zeitung“, folgende Zeilen ins Stammbuch schreiben lassen: „Die Liebesgaben, die gerade beim Bund der Wandwirte zahlreich vertretenen Großgrundbesitzern des Ostens zukommen, sind derart hoch bemessen, daß diese damit nicht nur ihre sämtlichen Staats- und Gemeindesteuern decken, sondern noch einen Ueberschuß erhalten. Und diese tatsächlich „steuerfreien“ Agrarier wollen nicht einmal von ihren großen Besitztümern für den Staat einen „Pflichtteil“ opfern! Wo bleibt nun die konservativen am lebhaftesten unterstüht? Wenn irgendwo die Sozialpolitik einzugehen hat, so auf dem Gebiete der Verteilung der öffentlichen Lasten: Oberster Grundsatz einer gelunden Sozialpolitik muß sein, die starken Schultern stark, die Schwachen leicht zu belasten. Wenn nun irgend eine Steuer diesem sozialpolitischen Ideal entspricht, so ist es die Nachlasssteuer: derjenige, dem ein Nachlaß zufällt, ist stets ein „lachender Erbe“. Wenn er von dem ihm ohne Mühe und Arbeit zugefallenen Vermögen ein kleines Scherlein dem Staate entrichtet, so ist dies nur eine Forderung der ausgleichenden Gerechtigkeit; und gerade die Nachlasssteuer eignet sich kraft der Deichigkeit, mit der sie der Höhe des Nachlasses entsprechend abgestuft werden kann, wie keine andere dazu, das sozialpolitische Ideal zu verwirklichen.“

Über was fragt das Zentrum nach sozialpolitischen Idealen? Es entpuppt sich immer mehr als eine Partei der Volksbedrückung und Volksausbeutung. Und die katholischen Arbeiter geben ihr die Stimmen!

Der Verband der Steinseher und Pflasterer im Jahre 1908. Als ein Jahr des Kampfes und der Krise bezeichnet der Vorstand in seinem Jahresberichte das Jahr 1908. Die Kämpfe im Berichtsjahre waren Abwehrkämpfe und zwar solche großen Stils, worunter besonders die Ausperrung in Rheinland und Westfalen zu rechnen ist. Obgleich in diesem Kampfe viele günstige Faktoren auf Seiten des Gegners standen, wurde der Kampf von den Arbeitern gut bestanden. Lohnbewegungen, Streiks und Ausperrungen fanden insgesamt 124 in 218 Orten in 592 Betrieben mit 11 948 Beschäftigten statt. In 101 Fällen hatten in 108 Orten und in 557 Betrieben 11 213 Arbeiter Forderungen gestellt. Ohne ArbeitsEinstellung, durch erfolgreiche Verhandlungen mit den Unternehmern, wurden die Forderungen in 67 Fällen an 129 Orten für 3102 Beschäftigte erledigt; durch stillschweigendes Zugeständnis der Unternehmer in 5 Fällen an 5 Orten für 194 Beschäftigte. In 12 Fällen wurden die Forderungen zurückgelehnt und in 17 Fällen fanden Streiks und Ausperrungen statt, die sich auf 49 Orte und 121 Betriebe mit 2223 Beschäftigten erstreckten. Von den Unternehmern wurden Verschlechterungen der Arbeitsbedingungen in 23 Fällen versucht, wodurch 782 Arbeiter betroffen

wurden. Erreicht wurde eine Verkürzung der Arbeitszeit für 1765 Personen von 6755 Stunden pro Woche; eine Verlängerung der Arbeitszeit wurde von 78 Mann mit 234 Stunden pro Woche abgewehrt. Lohnerhöhungen wurden für 5450 Mann mit 18 461 Mk. pro Woche erreicht, eine Herabsetzung der Löhne wurde für 271 Mann mit 854 Mk. pro Woche abgewehrt. Eine Lohnerabsetzung trat nur für 8 Mann in Höhe von 72 Mk. pro Woche ein. Für die Lohnbewegungen wurden rund 123 000 Mk. veranschlagt. Tarifverträge wurden 84 abgeschlossen für 6295 Arbeiter; am Jahreschlusse bestanden 117 Tarife in 826 Betrieben für 8196 Personen.

In einem besonderen Teile des Berichtes wird die Ausperrung in Rheinland-Westfalen, als ein Dokument kommunaler Sozialpolitik im Staate der Sozialreform behandelt. Es wurde bei dieser Lohnbewegung erwiesen, daß eine große Anzahl Stadtverwaltungen in Rheinland und Westfalen es fertig brachten, bei einer von dem organisierten Unternehmertum heraufbeschworbenen Machtprobe sich völlig unverhüllt auf die Seite des Unternehmertums zu stellen und ihm gegen die ausgesperrten Arbeiter in der ausgiebigsten Weise den Rücken zu steifen. Schließlich drangen die Arbeiter dennoch in neunwöchigem Kampfe mit ihren Forderungen durch und erreichten einen Tarifabschluß. Die Organisation der Unternehmer im Gewerbe hat im Jahre 1908 ganz erhebliche Fortschritte gemacht, weshalb die Steinseher und Pflasterer die doppelte Pflicht haben, auch ihrerseits mit aller Energie für eine Stärkung der Organisation zu sorgen.

Der ortsübliche Tagelohn für Berlin wurde vom Oberpräsidenten der Provinz Brandenburg für männliche Personen über 16 Jahre von bisher 2,90 M auf 3,00 M für solche unter 16 Jahren von bisher 1,40 M auf 1,80 M, für weibliche Personen über 16 Jahre auf 2,20 M (bisher 1,60 M) und für Mädchen unter 16 Jahren auf 1,40 M (bisher 1,10 M) erhöht. Die neuen Tagelohnsätze treten erst mit dem 1. April nächsten Jahres in Kraft und gelten, wie alle ortsüblichen Tagelöhne überhaupt, als Grundlage zur Bemessung des Krankengeldes und der Beiträge der Gemeindefrankenversicherung wie auch zur Berechnung des Krankengeldes der freien Hilfsklassen, die dem § 75 des Krankenversicherungsgesetzes unterstellt sind. Ferner gelten diese Sätze als Mindestsätze zur Berechnung der Unfallrente für alle Personen, deren Lohn niedriger ist als der für ihr Alter und Geschlecht festgesetzte ortsübliche Tagelohn.

Der Verband der Tapezierer veranstaltet in der Zeit vom 9. bis 16. Oktober d. J. eine allgemeine umfassende Agitation. In sämtlichen Pfortstätten werden in dieser Zeit Agitationsveranstaltungen abgehalten.

### Vom Ausland.

Ungarn. Nach Nagyböras (Groszwardein) ist Bezug fern zu halten. — Die Franz Schloßnickische Leistenvergoldungsfabrik und die Anstreicherwerkstätte Johann Fieberbaum in Budapest bleiben gesperrt.

Kroatien. In Agram ist die Werkstätte Braun gesperrt.

Der Kampf in Schweden. Schon über eine Woche dauern die Vergleichsverhandlungen an und noch ist man zu keinem Resultat gelangt. Um die nebensächlichsten Dinge entstehen stundenlange Debatten, die von den Vertretern der Scharfmacher nur provoziert werden, um die Verhandlungen möglichst lange hinauszuziehen. Das ist alles, was man bis jetzt über den Gang der Verhandlungen in der Öffentlichkeit weiß. Die Arbeitervertreter halten sich strikte an das Schweigegebot, um der Regierung und den Scharfmachern keine Gelegenheit zu geben, deswegen etwa die Verhandlungen abzubrechen. Und die Vertreter des schwedischen Arbeitgebervereins haben alle Ursache, zu verhüten, daß ihr Verhalten während der Verhandlungen in die Öffentlichkeit kommt. Die Herren gehen jetzt offensichtlich nur noch darauf aus, die Interessen des Großunternehmertums zu wahren, nachdem viele kleine und mittlere Unternehmer eigenmächtig mit ihren Arbeitern Vereinbarungen getroffen haben und damit aus dem Scharfmacherverbande ausgezwickelt sind. Die Regierung steht anscheinend diesen Verschleppungsversuchen ruhig zu, dagegen sind aber die Arbeiter empört, und es fehlt nicht an Stimmen, die dafür plädieren, den Kampf wieder auf der ganzen Linie entbrennen zu lassen. Die Lage ist so, daß man heute wirklich noch nicht weiß, ob es zum Frieden kommen wird oder nicht. Kollegen, gedenkt auch weiter der kämpfenden Arbeiter in Schweden!

Der 42. englische Gewerkschaftskongress. (Schluß) Der Delegierte der Dockarbeiter Ben Tillet beantragte eine Resolution, die die Schaffung eines Arbeitsministeriums verlangt, dem alle Fragen, Gehehe usw. die Arbeiterchaft betreffend, unterbreitet werden müßten und dem dann auch die Bearbeitung von regelmäßigen Berichten über alle Arbeiterfragen obliegt. Nach eingehender Diskussion stimmt der Kongress dem Antrage zu. Eine größere Meinungsverschiedenheit entsteht über den Antrag der Schriftsteller, daß sofort eine Gesellschaft zur Herausgabe einer täglichen Arbeiterzeitung begründet werden solle, die das nötige Kapital durch Aufruf an die Mitglieder der Gewerkschaften aufbringen soll. Das letztere soll ein Eingreifen der Regierung verhindern, das befürchtet wird, wenn die Gelder direkt von den Gewerkschaften bezeichnet würden. Im Prinzip ist der Kongress annehmend für die Schaffung eines täglichen Blattes, doch wendet sich die Mehrzahl der Delegierten gegen den letzten Passus, der gegen die gewerkschaftlichen Prinzipien verstöße. Da der Antragsteller denselben nicht zurückziehen kann, wird die ganze Resolution mit 261 000 gegen 212 000 Stimmen abgelehnt.

Eine Resolution der Buchbinder, die die Durchführung der Arbeitsruhe am 1. Mai, und dies ohne Verletzung der Interessen der Arbeiterklasse geschehen kann, als Demonstration für den Achtundzestag und den Wölfrieden verlangt, wird ohne Diskussion angenommen.

Gegen die Streikbrecher richtet sich eine Resolution, die die Ausbeutung des Gesetzes, das die Anwerbung von Truppen in England zur Verwendung gegen ein freundschaftliches Land verbietet, auch auf die Anwerbung von Arbeitern zum Erlaß von Streikenden oder Ausgesperrten im Ausland verlangt. Die Resolution wird mit der Erklärung, daß auch die Einführung von Streikbrechern



auf gesetzlichem Wege verhindert werden muß, ange-  
nommen. Lobend wird anerkannt, daß der Präsident des  
Arbeitsamtes kürzlich durch ein Zirkular die Arbeiter  
warnte, sich während des Kampfes in Schweden für dieses  
Land anwerben zu lassen.

Zur Frage der Arbeitsbörsen bzw. Arbeitsnachweis-  
ämter liegt eine längere Resolution vor, die den geplanten  
staatlichen Arbeitsbörsen die Unterstützung der Gewerk-  
schaften nur unter besonderen Garantien zusichert. Die  
Verwaltungsbehörden sollen je zur Hälfte aus Arbeit-  
gebern und Arbeitnehmern bestehen und einem un-  
parteiischen, vom Arbeitsamte ernannten Vorsitzenden,  
keine Arbeit darf unter andern als ge-  
werkschaftlich anerkannten Lohn- und  
Arbeitsbedingungen vermittelt werden.  
Firmen, welche mit ihren Arbeitern Streitigkeiten haben,  
sollen Arbeitskräfte nicht zugewiesen werden. Beson-  
dere Aufmerksamkeit ist auch der Arbeitsvermittlung für  
Arbeiterinnen zuzuwenden; die für die Arbeitsbörsen zu  
errichtenden Gebäude sollen Versammlungsräume für die  
Gewerkschaften enthalten.

Die Bergarbeiter-Federation unterbreitet einen  
Protest gegen die grausame Methode der Unternehmer,  
die bei Streiks und Aussperrungen ihre  
Arbeiter sofort aus den Arbeiterwoh-  
nungen hinausschicken lassen, auch wenn  
sie ihren Verpflichtungen als Mieter  
nachkommen. Dies geschieht ohne jede Rücksicht auf  
die Jahreszeit oder auf sonstige Umstände. Durch Ge-  
wekschaften soll das verhindert werden, und wird dem parlamen-  
tarischen Komitee entsprechender Auftrag erteilt. Der An-  
tragsteller führt eine Anzahl Beispiele an, erinnert auch  
daran, daß die augenblicklichen Verhältnisse den Unter-  
nehmern ermöglicht haben würden, bei dem kürzlich  
vorhandenen Streik der 400 000 Bergarbeiter Groß-  
britanniens eine ganze Anzahl derselben mit ihren Fami-  
lien auf die Straße zu setzen. Bei allen Arbeits-  
kämpfen wird diese Waffe in immer größerem Maße und  
in immer rücksichtsloserer Weise gegen die Arbeiterchaft  
eingewandt, was besonders auch der Vertreter der Land-  
arbeiter nachweist, der ganz mittelalterliche Arbeits-  
verträge vorlegt, die den Landarbeiter heute noch zum  
billigen Sklaven machen.

Die Kesselreiniger begründen eine Resolution, die  
entsprechende Beteiligung der Gewerkschaften an der Ver-  
waltung der Arbeitsbörsen und der geplanten staatlichen  
Arbeitslosenversicherung verlangt. Die Unterstützungen  
sollen durch die Gewerkschaften ausbezahlt, die Beiträge  
der Arbeiter entsprechend dem Einkommen festgesetzt  
werden. Der Antrag findet ohne Diskussion Annahme,  
einer ein Antrag, der gesetzliche Maßnahmen gegen  
Kontingenzwahlen wünscht, die wegen Zugehörigkeit zu einer  
Gewerkschaft oder Gewerkschaft nach zahlreich erfolgen.  
Weiter soll das parlamentarische Komitee feststellen,  
welche rechtlichen Maßnahmen schon unter den bestehen-  
den Verhältnissen in Frage kommen, damit  
die Gewerkschaften in die Lage kommen, eine richterliche  
Entscheidung herbeizuführen.

Die Eisenbahnbeamten verlangen, der  
Kongress solle in Zukunft keine Einladungen zu Ver-  
sammlungen, die nicht von gewerkschaftlichen Körper-  
schaften ausgehen, mehr annehmen. Es handelt sich um  
Eisenbahnen, die stets anlässlich der Gewerkschafts-  
kongresse von den Stadverwaltungen und auch von den  
einfacheren Honoratioren der Umgebung für die Dele-  
gation verantwortlich werden. Es wird angeführt, daß die  
Komitees oft sehr viel Mühe hatten, solche Einladungen  
abzuwehren, um zu verhindern, daß sie demütigend,  
in so mehr als es sich oft um bekannte Ausbeuter  
handelt, deren Maßregeln nicht dienlich, dagegen demoralisierend  
sind. Die Interessen der Arbeitgeber und Arbeit-  
nehmer seien nicht identisch, wie es der hiesige Bürger-  
meister in seiner Begrüßungsrede sagte, dessen Straßen-  
arbeiter nur 14 Schilling Wochenlohn erhalten. Mehrere  
Redner wenden sich hiergegen; es sei falsch, von  
zwei Klassen zu reden, es gäbe nur eine Klasse, und es  
sei Pflicht der Gewerkschaftler, den Besitzenden das Ge-  
fühl, daß alle Menschen Brüder sind, beizubringen.  
Ebenfalls dürfe man nicht prinzipielle Stellung gegen  
die Kapitalisten als solche einnehmen. Die heftige Dis-  
kussion zeigt deutlich den Unterschied zwischen sozialisti-  
schen und andern Delegierten. Mit 338 000 gegen  
192 000 Stimmen fällt der Antrag.

Die Bergarbeiter verlangen die Hilfe der Arbeiter-  
partei, um bessere Bergarbeiterschutzesetze — besonders  
für die unter Tag Arbeitenden — zu erhalten. Eine  
entsprechende Resolution der Geier usw. bringt auf Schutz-  
gesetze für die in den Maschinenräumen der Bergwerk-  
betriebe Beschäftigten. Für Papierfabriken, Woll- und  
Baumwollmanufakturen und ähnliche Industrien werden  
ähnliche Maßnahmen zum Schutze der Gesundheit, ferner  
Verbot jeder Arbeit (mit Ausnahme notwendiger  
Maschinenreparaturen) zwischen Sonnabend mittag und  
Montag früh 6 Uhr, sowie staatliche Fabrikinspektion  
durch Inspektoren aus den Reihen der Arbeiterchaft ver-  
langt. Eine Resolution der Metallarbeiter verlangt Ver-  
bot der Fremdarbeit in Metall-, Polier- und Dreh-  
maschinen, sowie gleiche Löhne für Arbeiter beider Ge-  
schlechter im allgemeinen. Wie W. Macarthur von der  
Federation der Arbeiterinnen, verlangt dagegen neben  
dem Verbot der Arbeit irgendlicher Personen unter  
16 Jahren für alle Berufe solche hygienische Vorschriften,  
die die Bedingungen der Gesundheit der Arbeiter und Ar-  
beiterinnen verhindern; besonders soll die Verwendung  
von Giften verboten werden. Es gibt eine große Anzahl  
von Berufen, die nicht minder gesundheitsgefährlich sind  
als die in dem ersten Antrage genannten. Wegen den  
wertvollen Antrag von W. Macarthur wendet sich eine  
Reihe von Rednern, die befrachten die Annahme des-  
selben würde die Wiedereinführung der Frauenarbeit in  
Bergwerken ermöglichen. Schließlich wird die erste  
entsprechende Resolution unter der Voraussetzung, daß  
die Arbeiterpartei eine offizielle Untersuchung über die  
gesundheitsgefährlichen Berufe verlange, zurückgezogen  
und der Antrag der Arbeiterinnen-Federation mit gerin-  
ger Majorität angenommen, nachdem besonders noch die  
Bedingungen für ihn eingetreten waren.

Der Tillet begründet eine Vorlage, die obliga-  
torische Schiedsgerichte in allen  
Verhältnissen zwischen Arbeitgeber und  
Arbeitnehmern verlangt. Im Vorjahre wurde  
die gleiche Resolution abgelehnt, doch scheint diesmal  
mehr Stimmung für das Prinzip zu sein. Die  
Bergarbeiter erklären gleich, daß sie dagegen stimmen  
würden, denn es dürfe das Streikrecht nicht preisgegeben  
werden. Die schlecht organisierten Berufe, die vom obli-

gatorischen Schiedsgerichtswesen zu profitieren hoffen,  
sollten sich starke Organisationen schaffen, um selbst dann  
die Lohn- und Arbeitsbedingungen festsetzen zu können.  
Der sozialistische Abgeordnete W. Thorno, der den An-  
trag ebenfalls bekämpft, gründet seine Stellungnahme auf  
die Erfahrungen, die man mit einem solchen System in  
Australien machte, und das der bekannte Arbeiterführer  
Tom Mann, der in früheren Jahren sich viel davon ver-  
sprach, nach mehrjähriger Erfahrung auf das entschiedenste  
verurteilt. Die Diskussion wird lebhaft und muß, da  
eine Reihe Redner sich noch melden, auf den Nachmittag  
verschoben werden. Es wird noch beschlossen, daß der  
nächstjährige Gewerkschaftskongress in Sheffield  
stattfinden soll.

In der Nachmittags Sitzung wird die Diskussion über  
obligatorische Schiedsgerichte fortgesetzt. Im allgemeinen  
scheint die Mehrzahl der Delegierten sich viel von dem  
jetzigen System des Arbeitsamtes, das in Zwistigkeiten  
zwischen Unternehmern und Arbeitern zu vermitteln  
sucht, zu versprechen, doch muß über die Resolution, so  
wie sie eingebracht ist, abgestimmt werden, wie es die  
Geschäftsordnung vorschreibt. Der Antrag Tillet wird  
mit großer Majorität abgelehnt. Damit ist die Tages-  
ordnung in ihren wichtigsten Punkten erledigt.

### Technisches.

**Helle Wohnungen.** Eine bemerkenswerte Rede hat  
Sir W. B. Richmond bei der Jahresversammlung der  
Vereinigung der Malermeister von England und Wales  
vor einigen Tagen in Sheffield gehalten. Aus dem Be-  
richt des „Standard“ geben wir folgendes wieder: Das  
Gewerbe oder, wie man lieber sagen sollte, die Kunst  
des Hausmalers ist verantwortungsvoll, weil sie sich  
sowohl auf Dinge von tagtäglichem Interesse bezieht und  
nützlich und dauerhaft machen muß, als auch auf weit-  
tragende Fragen der Ästhetik. Einfachheit sollte die Lösung  
sein, und keine Verzierung sollte kostbarer scheinen  
wollen als sie ist, weil sie sonst präherisch, also gemein  
ausfällt. Vielen verschiedenen Anforderungen haben die  
Maler zu genügen; ihr Werk beim Bauernhause und  
beim Fürstenschloß muß jeweils den Verhältnissen und  
der Stellung des Auftraggebers entsprechen. Die Mode  
ist eine trügerische und an inneren Widersprüchen reiche  
Göttin; oft fehlt sie gegen die einfachen Gesetze der  
Schönheit. Tauglichkeit, Sauberkeit, Harmonie und  
Burdichaltung sind die Grundsätze, die der Maler her-  
vorhebt. Die Kunst würde in neun von zehn Fällen  
das schlechteste, heiterste und auffälligste wählen, und  
zwar möglichst billig, wenn es dem Handwerker nicht  
gelänge, seine Ueberzeugung zur Geltung zu bringen.  
Der Maler bestrebt sich nach weichen, dauerhaften Farben,  
und zwar helle; wohl zeigt sich auf ihnen der Schmutz,  
aber man sieht dann auch, ob welcher da ist. Am wirk-  
ungsvollsten, gesundesten und angenehmsten ist ein  
weißes Zimmer. (Wir wollen froh sein, wenn die  
„Weißmalerei“ hinter uns liegt. D. R.) Einige Ver-  
zierungen in ruhigen Farben nehmen sich auf weissem  
Grunde sehr gut aus. Die Verzierungen sollen aber in  
lehter Linie kommen, nicht in erster. Bilder kommen  
hier nicht in Betracht. Es ist besser, keine Gemälde zu  
haben als schlechte. Aber wohl können die Wände ohne  
bedeutende Kosten mit Wiederauflagen von weissem  
Anputzwerk geschmückt werden.

Was die Wohnungen oder Höhlen der allerärmsten  
Bevölkerung anlangt, so sollten die Stadverwaltungen  
ermächtigt werden, die Hausbesitzer zu wenigstens all-  
jährlichem Weichenlassen anzuhalten. Bei den gegen-  
wärtigen Mietpreisen in England würde es die Wirte  
weder sittlich noch wirtschaftlich gefährden, wenn sie in  
dieser Hinsicht für die Gesundheit der Ärmsten sorgen,  
die nur zu oft von einer habgierigen Faust gedrückt  
werden.

**Patentsachen.** Vom Verbands-Patentbureau D. Krueger  
& Co., Dresden, Schloßstr. 2. Abschriften billigt. Aus-  
künfte frei.

**Gebrauchsmuster.**

Nr. 9. 388879. Anstreicherpinsel. Th. Dahlbohm, Steele-N.

Ang. 5. 7. 09.

Nr. 75 d. 388709. Zintarsteinimitation. Hans Seegebarth,

Görlitz. Ang. 4. 8. 09.

Nr. 75 c. 387697. Farberklärer mit herausnehmbarer

Farbentintenspindel. Clemens Graaff, Berlin, und Hans

Mikorey, Schöneberg. Ang. 11. 2. 08.

Nr. 75 c. 387698. Anstreichmittelbehälter mit Rührvor-

richtung. Clemens Graaff, Berlin. Ang. 11. 2. 08.

**Angemeldete Patente.**

Nr. 75 c. B. 50049. Füllpinsel mit Kolben im Farb-

behälter. W. H. Brunnthaler jr., Weibert. Ang. 30. 4. 08.

Nr. 22 d. A. 37508. Anstreichmaschine. W. Graaff & Co.,

G. m. b. H., und Hans Mikorey, Schöneberg b. Berlin.

Ang. 21. 1. 08.

### Verschiedenes.

**Das Entvölkerungsproblem und die Intellektuellen.**  
Der „Frankf. Zig.“ wird hierüber von einem Mitarbeiter  
geschrieben: „Je höher entwickelt eine Kultur ist, desto  
mehr nimmt die Zahl der Geburten ab, desto näher rückt  
die Zeit des Verschwindens. Auf je niedrigerer Stufe  
die Kultur, desto größer die Zahl der Geburten, die Lebens-  
erwartung des Staates. Das ist ein Gesetz.“ So Professor  
Gumplowicz. Wenn dieses Gesetz besteht, dann muß  
es nicht nur für die Nationen als solche gelten, sondern  
auch innerhalb der einzelnen Nationen für die ver-  
schiedenen Schichten der Bevölkerung, und es  
müssen diejenigen, welche die Kultur ihres Volkes am höch-  
sten und vollkommensten repräsentieren, am wenigsten zur  
Erhaltung desselben beitragen. Diese Konsequenz trifft  
für Frankreich zu. Bertillon, der Erfinder des anthro-  
pometrischen Messverfahrens, hat bei 45 berühmten fran-  
zösischen Künstlern, Literaten, Politikern, Staatsbeamten,  
Offizieren und Kaufleuten durch Umfrage festgestellt, daß  
diese nur 575 Kinder haben, eine selbst für französische  
Verhältnisse auffallend niedrige Zahl. Wäre die Gebur-  
tenzahl oder — denn das ist wohl des Pudels Kern — der  
Wille zur Fortpflanzung bei der übrigen Be-  
völkerung so gering wie bei diesen Intellektuellen, dann  
würde Frankreich in 30 Jahren nur noch etwa die Hälfte  
seiner jetzigen Bevölkerung aufweisen. Aber die geistig in-  
ferioren und materiell unglücklicher gestellten Schichten der  
Bevölkerung decken den Ausfall nach dem bekannten Sage  
Rembrandts: „Rien ne peuple comme les gueux“. Und das

ist nicht nur in Frankreich so, wo es soeben von Bertillon  
nachgewiesen ist. Wer in Deutschland die Angehörigen  
der entsprechenden Kreise auf ihren Familienstand prüft,  
wird leicht feststellen können, daß diese Schicht an der  
Volksvermehrung Deutschlands im allgemeinen keinen An-  
teil hat. Die Unfruchtbarkeit oder vielmehr Kinder-  
losigkeit dieser Stände ist international, das ist vielleicht  
ein Trost für Bertillon und die Franzosen.“

Diese „Delabenzsymptome“ wird sich der „D. M.“  
sicherlich zum gefälligen Notiz nehmen. Vielleicht stößt  
er nun noch einige weitere Leute auf, die durch ihre leer-  
reichen Klüppel ebenfalls als Kronzeugen dienen können,  
daß der „Wurm, der an der Wurzel der Volks-  
entfaltung frisst, nur mit der Stärkung des sittlich-  
religiösen Gefühls“ zertreten werden kann. O  
Herr, wie groß ist dein Tiergarten!

### Literarisches.

**Die erste Hilfe bei plötzlichen Unglücksfällen einschließ-  
lich der Verbandslehre.** Kurzer Leitfaden für Samaritaner-  
kurse mit 100 Abbildungen von Dr. med. G. Werbe,  
prakt. Arzt und ärztl. Instruktur der Sanitätskolonne  
vom roten Kreuz in Hamburg und Wandsbek. Verlag  
von Paul Bernschneider, Hamburg. Dies neue  
Lehrbuch, das sich ganz besonders durch seine exakten, leicht  
verständlichen Anweisungen und Belehrungen über die  
erzahnnehmende erste Hilfe bei Unglücksfällen auszeichnet,  
kann den Samaritanervereinen nur wärmstens empfohlen  
werden. Auch für die Verbandsämter auf den Bauten  
und Werkstätten wäre die Anschaffung dieses gediegenen  
Lehrbuchs nur zu wünschen.

**Ein Flugblatt gegen die Schundliteratur.** Es sind  
in der letzten Zeit eine ganze Reihe von Maßregeln er-  
griffen worden, um der verheerenden Volksvergiftung,  
die von der Schundliteratur ausgeht, Einhalt zu tun.  
Von der zweifelschneidigen Maßregel des generellen Ver-  
botes wird man vielleicht absehen müssen, sonst aber ist  
in Vorträgen und in Publikationen vieler Art dieser  
literarischen Seuche auf den Leib gerückt worden; in  
Volksbüchereien und Lesehallen, in billigen Buchaus-  
gaben war man am Werke, den literarischen Volks-  
vergiftern den Weg zu versperren, und in Flugblättern  
hat man versucht, die öffentliche Meinung zu wecken und  
den Born des Volkes anzuzuteln. Alles dieses hat wohl  
zu einem Teil geholfen, aber den struppeligen Schund-  
literaturfabrikanten ist ihr schmachtvolles Geschäft noch  
nicht gelegt. Deshalb muß weiter gearbeitet werden,  
und es wird noch schwerer Arbeit bedürfen, ehe man sagen  
darf, daß diese Welle smartester kapitalistischer Literatur-  
fabrikation ihre verheerende Wirkung verloren habe.

Unter den Flugblättern, die der Schundliteratur  
entgegenwirken, nimmt das von dem Hamburger Ver-  
ein für Kunstpflege herausgegebene Flugblatt, das  
wir in Nr. 34, Seite 267, zum Abdruck brachten, eine  
besondere und vielbeachtete Stellung ein. Es soll nicht  
mahlos verbreitet werden, sondern seine Verteilung soll  
auf eine mehr private Art geschehen: wo jemand beim  
Lesen oder Kaufen oder auch beim Beschaun solcher  
Hefte betroffen wird, soll ihm ein solches Flugblatt in die  
Hand gegeben oder sonstwie zugesteckt werden. Das  
Flugblatt selbst im Format von 12,5 : 17 cm hat auf seiner  
Rückseite eine frappante Zeichnung, die den Blick ge-  
fangen hält, so daß es ganz selten vorgekommen ist, daß  
jemand das Flugblatt zurückweist oder wegwirft.

Der Verein für Kunstpflege hat durch seine Mit-  
glieder die erste Auflage dieses Flugblattes in Hamburg  
und Altona verbreiten lassen, und es ist ein merkwürdiger  
Erfolg zu spüren gewesen. Darauf kamen Bestellungen  
von auswärts, und es hat nun der Verein eine zweite  
Auflage herausgegeben, die besonders für auswärts be-  
rechnet ist und die der Verein zum Selbstkosten-  
preis um 100.000 und Porto abgibt. 100 Stück  
kosten 1.80 Mark, 1000 Stück 12 Mark, portofrei.  
Bestellungen sind an den Verein für Kunstpflege, Ham-  
burg, Gewerkschaftshaus, Besenbinderhof 57, zu richten.  
Es empfiehlt sich, den Betrag vorher einzusenden.  
**Fachblatt für Holzarbeiter.** Erschienen ist in vor-  
züglicher Ausstattung Heft 9 des 4. Jahrgangs, Septem-  
ber 1909. Herausgegeben vom Deutschen Holzarbeiter-  
Verband, Berlin.

Das Fachblatt für Holzarbeiter erscheint am 15.  
jeden Monats und ist gegen 1 Mark pro Vierteljahr bei  
allen Postanstalten und den Verwaltungenstellen des  
Deutschen Holzarbeiter-Verbandes zu abonnieren, sowie  
beim Verlag, Berlin O 2, Neue Friedrichstraße 2.

### Sterbetafel.

Berlin. Am 28. August starb der Koll. Gustav Drö-  
mert, 95 Jahre alt. — Am 15. September verstarb  
unser Kollege Paul Fiß, 45 Jahre alt.  
Ehre ihrem Andenken!

### Vereinsteil.

#### Bekanntmachung.

Die Wahl der von der Generalversammlung zu Köln  
bestimmten Kommission aus 15 Mitgliedern für die zentral  
zu führenden Tarifverhandlungen ist nunmehr vollzogen  
und wurden mit Majorität gewählt:

Bezirk I: Wendel-Berlin, Adam-Breslau, Jango-Danzig.

Bezirk II: Holl-Biesbaden, Kirsch-Frankfurt a. M.

Bezirk III: Schubert-Hannover, Wittig-Bremen, Sobota-

Hamburg.

Bezirk IV: Schwalm-Barmen, Silgendorf-Dortmund.

Bezirk V: Untage-Halle, Noack-Dresden, Hechtorn-Bötha.

Bezirk VI: Delle-Stuttgart.

Bezirk VII: Wirsching-Würzburg.

Die Beitragserhöhung in den Winterwochen auf 25 S  
wird der Jiliale Rathenow bestätigt.

Der Vorstand.

**Bericht der Hauptkasse vom 21. bis 27. September 1909.**

Eingelandt wurden für die Hauptkasse: Emden  
M. 150.—, Wismar 150.50, Plauen 250.—, Wachen 300.—,  
Bremen 800.—, Necklinghausen 40.—, Rastow 300.—,  
Mühlhausen 100.—, Fürstentum 122.30, Hannover 300.—,  
Leipzig 800.—, Sena 300.—

Die Abrechnungsformulare für das dritte Quartal  
sind an die Filialkassen, soweit uns die Adressen bekannt  
waren, gelangt worden. Dort, wo wir keine Adressen der



Raffierer hatten, wurden sie an die Bevollmächtigten ge-  
sandt.

Material wurde versandt:

B. = Beitragsmarken. C. = Eintrittsmarken.  
D. = Duplikatmarken. R.-M.-M. = Vereins-Anzeiger-  
Marken. K. = Kalender. F. = Futterale. B. = Pro-  
totolle. G. = Extra-Marken. M.-M. = Marken-  
Mappe.

Bremerhaven 35 C.; Chemnitz 2000 B. a 50 S.;  
Dresden 2000 B. a 60 S., 2000 B. a 25 S., 10 000 B.  
a 20 S., 6000 G.; Flensburg 10 D.; Landau 200 B.  
a 50 S.; Mannheim 5000 B. a 60 S., 100 C.; Meuselwitz  
25 G.; Radolfszell 200 B. a 50 S., 400 B. a 20 S.;

Mathenow 200 B. a 60 S., 400 B. a 25 S.; Necklinghausen  
100 B. a 60 S.; Rostock 400 G.; Saarbrücken 100 G.;  
Weißwasser 100 G. S. Wentker, Raffierer.

### Zentral-Kranken- und Sterbekasse

der Maler und verw. Berufsgenossen Deutschlands  
(Eingetragene Stiftung Nr. 71.)

Bericht des Hauptkassierers vom 19. bis 25. September.

Ueberschüsse von den örtlichen Verwaltungen wurden  
eingesandt von Teipette-Stettin 200 M.; Räßle-Ludwigs-  
hafen 150 M.; Timat-Steglich 400 M.; Meyer-Bergedorf  
100 M.

Zuschüsse an die örtlichen Verwaltungen wurden ab-  
gesandt an Hofe-Mühlheim a. Rhein 100 M.; Böhmitz  
Bremerhaven 100 M.

Krankengelder erhielten Buchn. 19 741, W. Möbius in  
Wallerstein in Bayern, 13.50 M.; Buchn. 26 307, W.  
Hartmann in Württemberg in Baden, 13.50 M.; Buchn.  
15 934, D. Brinl in Neustadtgebirgs, 13.50 M.; Buchn.  
34 902, C. Schaubiger in Rudolfsstadt, 24.75 M.; Buchn.  
28 557, H. Tharann in Saarbrücken, 13.50 M.; Buchn.  
28 724, G. Jech in Briegnitz bei Forst i. S., 27 M.;  
Buchn. 36 393, R. Wendlandt in Petershagen a. Ostbahn,  
6.75 M.; Buchn. 3304, F. Voge in Gebelzberg, 24.75 M.  
S. S. Vulle, Hamburg 22, Schmalenbeckerstr. 17.

## Anzeigen.

### Filiale Göttingen.

Vom 1. Oktober dieses Jahres ab befindet  
sich unser Verkaufsstoff und Herberge in der  
1. M. „Kaiserhalle“, Wilhelmplatz 3.

Der Koll. Karl Richter wolle sofort  
das der Zentral-Arbeiter-Bibliothek Frank-  
furt a. M. entnommene Buch zurückgeben.  
0.80 M. Filiale Frankfurt a. M.

### Sichere Existenz für Maler!

Gutgehendes Malergeschäft, mit Handel  
von Glas, Tapeten und Farben, wegen  
Todesfall sofort zu übernehmen.

Desgleichen zu verkaufen ein mit Baden  
eingerichtetes Wohnhaus mit Hofraum,  
an sehr günstiger Lage, bei mäßiger Anzahlung.  
Mündliche Aussprache erwünscht.  
Ida Schlosser Wwe., Neuhaus a. d. Oite.

**Malerschule Buxtehude**  
Gründete Schule für Dekorationsmaler.  
1907 wieder goldene Medallien und  
Ehrenpreis.  
Progr. d. Direktor Elserweg.

### Malerschule Hameln a. d. Weser

Fischbederstraße 46  
Staatlich genehmigt.

Bedeutende Erfolge in der Dekorations-,  
Holz- u. Marmormalerei, ferner Buchführung,  
Vorträge. Es wirken verschiedene erste Spezial-  
lehrkräfte in getrennten Lehrfächern.  
Prospekte kostenlos durch die Schulleitung.

### Holz- und Marmormalerei

gründlich ausbilden, so besuchen Sie  
die Fachschule von Mathias Nabben,  
Düsseldorf, Unterstraße Nr. 118.  
Prämiert mit den höchsten Auszeichnungen.  
Prospekt gratis.

### Malerschule zu Bremerhaven

von C. H. Dreier Grabenstraße Nr. 22

Schule für Dekorations-Malerei, Holz  
und Marmor, Schriften. Prospekte  
gratis und franko. Wintersemester  
vom 1. November bis 31. März.

### I. Bergische Spezial-Fachschule für Holz- und Marmormalerei

Carl Reichenberg, Romscheid-Hasten (Rheinld.)  
Inhaber vieler Ehrendiplome, Medallien und  
I. Preise. 5 Schüler erhielten 1909 wieder  
höchste Auszeichnungen, Ehrendiplome, Staats-  
preise etc. zuerkannt.  
Illustrierter Prospekt frei. — Erfolg garantiert.

### Malerschule Gotha

Wirklich praktische Schule. Mässiges  
Schulgeld. — Viele Anerkennungen.  
Letzte Auszeichnung:  
Staatspreis Gera 1909.  
Prosp. d. d. Schulleitung P. Teichgräber.

### Detmolder Malerschule

Dekoration, Holz und Marmor etc.  
:: Jüngste Auszeichnung 1908 ::  
**Staatsmedaille**  
Photographien bisheriger Arbeiten franko  
gegen franko.

### Düsseldorfer Malerschule für Dekorationsmalerei

(Prämiert mit nur höchsten Auszeichnungen)  
**15. Oktober bis 31. März.**  
Prospekte kostenlos durch den Vorstand  
Heinr. Welschede, Düsseldorf-Oberfassel,  
Oberfasselerstr. 13.

### Abend-Kursus in Holz- u. Marmormalerei

Monat 11 Mark.  
A. Clauss, Altona, Pinnebergerchaussee 65, II.  
Lokal: Allee 228, nahe Flora.

# Der Malerkalender für 1910

Kommt im Laufe des Monats Oktober zum Versand. Wir ersuchen die  
Filialverwaltungen umgehend die Bestellungen an uns einzusenden.  
Der Vorstand.

## Düsseldorfer Privat-Schule

für Holz- und Marmormalen, moderne Schriften-  
malerei, chem. Holzbeizen & Höchste Auszeichnungen  
Nur Tages-Unterricht — Vom 15. Oktober bis 15. März

## Kunstgewerbliche Privatschule

von der Holz- und Marmorschule getrennt, mit besonderer  
Berücksichtigung der **Dekorations-Malerei**  
Winter und Sommer-Semester — Tages- und Abend-Unterricht  
Beginn am 1. Oktober Prospekte kostenlos

Carl Hoyer, Düsseldorf, Mendelssohnstr. 22 8 Telephon 1100

## Deutsche Fachschule für Holz-u. Marmormalerei

Vom 1. Oktober bis  
1. April Tages-  
und Abendkurse.  
Einfachste und  
sicherste Technik.  
F. L. Leisten Duisburg Telefon 11 817

## Züricher Spezialschule für Holz- und Marmormalerei

Leistungsfähigste Lehrstätte in diesem Fache  
Bestes Lehrsystem — Prima Referenzen — Prospekte gratis und franko  
Auskunft: F. Krempel, Fachlehrer, Zürich I., Schipfe 26.

## Billig und praktisch ist unstrittig das Werk zum Selbstunterricht:

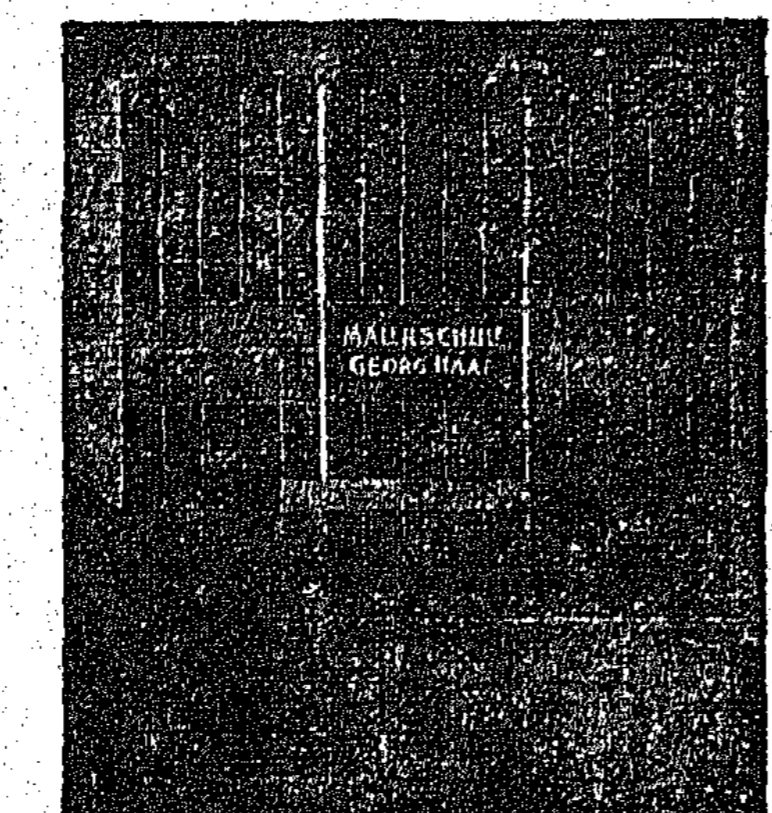
### „Neue Holz- und Marmormalereien“

Serie I: Neue Holzmalereien . . . . . Mk. 18.— || Beide Werke  
Serie II: Neue Marmormalereien . . . . . „ 15.— || Mk. 32.—  
Porenrollen per Paar (1 und 2 1/2 Zoll breit) Mk. 6.—, einzelne (3 Zoll breit) Mk. 4.50.  
Sämtliche Pinsel für die Holz- und Marmormalerei.

**Spezialschule für Holz- und Marmormalerei von Fr. Weiershausen & Co., Hamburg 5**  
Lindenstrasse 19. Man verlange Prospekte!

Jeder intelligente Maler wird sich in seinem Interesse und im Interesse seiner Firma  
über die Fortschritte der einschlägigen Industrie orientieren.  
Prospekt über das rühmlichst bekannte

**Mahlers Fondin**  
versendet gratis und franko **Mahler & Co., Bamberg II.**



## Erstkl. Kölner Fachschule

für Holz- und Marmormalerei, Stoff-  
imitation und moderne Techniken  
von Georg Haaf, Köln, Aachenerstraße 49.  
Prämiert: Köln 1905, Malertag Itzehoe 1908 für 8 Schüler-  
arbeiten. Malertag Graudenz 1908 für hervorragende  
Leistungen. Malertag Gera 1909 für 11 Schülerarbeiten.  
Schule der mod. Richtung. Keine Zeitverschwendung.  
Leistungsfähigste Schule am Platze.  
Beginn 1. November. Illustrierter Prospekt gratis.  
Eintritt jederzeit.

## Malerschule

für Holz- und Marmor-Imitation  
von A. Prischau, Gammelburg (Bayern).  
Gründliche in der Praxis vererbete Aus-  
bildung. — Beginn des Kurses vom  
15. November 1909 bis 1. März 1910.  
Prospekt gratis.

**Malerschule**  
von W. Schübe,  
Samburg 15.

## Abendunterricht in Holz- und Marmor-Malerei

Dienstags und Freitags 7—10 Uhr, Sonntags  
morgens 8—12 Uhr, monatlich Mark 10.—  
Gründliche praktische Ausbildung.  
Günstigste Verbindungen mit Strassen- u. Vorortsbahn.  
H. Muhs, Altona, Alsenplatz 1, II.

50 bunte Malvorlagen Mk. 6.—  
Landschaften, Blumen, Tiere, Seestücke, Damen etc.  
Ph. Brühl, Geessen i. Westf.

## Hammerschlag's Maler-Mäntel



nur eigenes Fabrikat,  
erprobt, Qualitäten, be-  
quemer Sitz, m. schräg.  
Taschen, Pinselhalter  
und Umlegkragen  
**sind die besten!**  
III. Qualität Mk. 2,50  
II. „ „ 2,75  
I. „ „ 3.—  
Nessel-Hosen u. Jacken  
per Stück Mk. 2.—  
Drell-Hosen u. Jacken  
p. St. Mk. 2,50 u. 3.—  
Als Mass erbitte Rückenbreite eines  
Jackets, Kittellänge oder Militärgrosse  
Versand gegen Nachnahme.  
**Berufskleidungsfabrik  
Julius Hammerschlag**  
Halle a. S., Gr. Ulrichstr. 36

## Maler-Mäntel und -Hosen

fertigt aus ausprobierten Qualitäten mit Um-  
lege- und Stehfalten, schrägen und gleichen  
Taschen  
Die Berufskleidung - Spezialfabrik von  
Emil Hohlfeldt, Dresden-V., Mitterstr. 2-4.  
NB. Der Verkauf geschieht portofrei nach allen Orten.  
Verlangen Sie Preisliste frei S. u. S.

## Maler - Mäntel,

beste Qualität mit schrägen Taschen und  
Umlegkragen. Nur eigenes Fabrikat.  
110 120 130 140 cm lang  
jeht 2.75 2.90 3.10 3.25 M.  
Hosen aus Nesselstoff 2.— M. Rücken 40 S.  
Drell-Hosen und Jacken 2.80 M. Extra-  
Größen 3.— M. II. Qualität 25 % billiger.  
Wir bitten Oberweite und Schrittlänge  
anzugeben.  
**D. Wurzel & Co., Berlin,**  
Brüdenstraße 13, I.

## Rheinländische Berufskleidung

ist anerkannt die beste.  
Berlin N., Brunnenstraße 119.  
Eigene Fabrik. Verkauf zu Fabrikpreisen.  
Versand nach außerhalb.

## Maler-Mittel

prima Nessel 110 120 130 140  
mit schrägen Taschen 2.25 2.50 2.50 2.75 M.  
extra schwere 110 120 130 140  
Nessel od. Eßper 3.— 3.25 3.25 3.50 M.  
Drell-Hosen und Jacken  
Mk. 1.50, 2.45, 3.50.

## Lager in prima Pinseln

Wasserdürren, Weizen, Farbstoffen, Lacken,  
Farben, Schablonen und Papierpapier.  
Spezialgeschäft in vollständiger Einrichtung  
von Malerwerkstätten. Solide Ware bei  
billigster Berechnung.  
Nürnberg,  
**P. Steel,** Obere Wörthstr. 18.

## Gold-Abfälle.

Kaufe zum höchsten Preis jeden großen  
und kleinen Resten  
**Kehrgold, Goldwatte und Abkratzgold.**  
Briefe oder Paketsendungen werden schnell  
erledigt. Um genaue Adressen wird geb.  
Max Haupt, Dresden, Masenwerferstr. 64.  
Der heutigen Nummer liegt die Nr. 39 des  
Korrespondenzblattes für die Bevollmächtigten  
unserer Filialen bei.  
Für die Redaktion verantwortlich M. Mart.  
Hamburg, Schmalenbeckerstraße 17.  
Verlag von S. Wentker, Hamburg 22.  
Druck von Friedrich Meyer, Hamburg 23.